

ZEITGENOSSIN

Wessen Morgen ist der Morgen?



ÖH WAHLEN 2023

**ENTSCHEIDUNGSHILFE
ZUR WAHL**
Die Fraktionen stellen sich vor
S.14

UNIVERSITÄT UND POLITIK
Entdemokratisierung der Uni
S.22

FEMINISTISCHE HOCHSCHULE
Eine Utopie
S.30

UNGLEICHHEIT
Die prekäre Lage Studierender aus
Drittstaaten
S.32



Veränderung liegt in unserer Natur



GoGreen-Studentenkonto

Hol dir jetzt unser GoGreen-Studentenkonto mit kostenloser Kontoführung und tu auch der Umwelt etwas Gutes. Für jeden Euro auf dem Konto finanzieren wir umweltfreundliche Projekte. Deshalb wurde das GoGreen-Studentenkonto auch mit dem Österreichischen Umweltzeichen ausgezeichnet.

studenten.bankaustria.at



Die Führung von Studentenkonten ist vorgesehen für Studierende bis zum vollendeten 30. Lebensjahr. Für Berufsanwärter:innen/Lehrlinge max. für die Dauer der Ausbildung von 3 Jahren. Studentenkonten, deren Inhaber:innen das 30. Lebensjahr vollendet haben, werden automatisch auf ein Online-Konto umgestellt. Das Österreichische Umweltzeichen wurde vom Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Infrastruktur und Technologie (BMK) für das "GoGreen-Studentenkonto" verliehen, weil bei den mittels dieser Giroeinlagen finanzierten Projekten neben wirtschaftlichen auch ökologische und soziale Kriterien beachtet werden. Das Umweltzeichen gewährleistet, dass diese Kriterien und deren Umsetzung geeignet sind, entsprechende Projekte auszuwählen. Dies wurde von unabhängiger Stelle geprüft. Die Auszeichnung mit dem Umweltzeichen stellt keine ökonomische Bewertung dar und lässt keine Rückschlüsse auf die künftige Wertentwicklung des Finanzprodukts zu. Diese Marketingmitteilung wurde von der UniCredit Bank Austria AG, Rothschildplatz 1, 1020 Wien, erstellt. Stand: März 2023

EDITORIAL

Liebe Leser:innen,

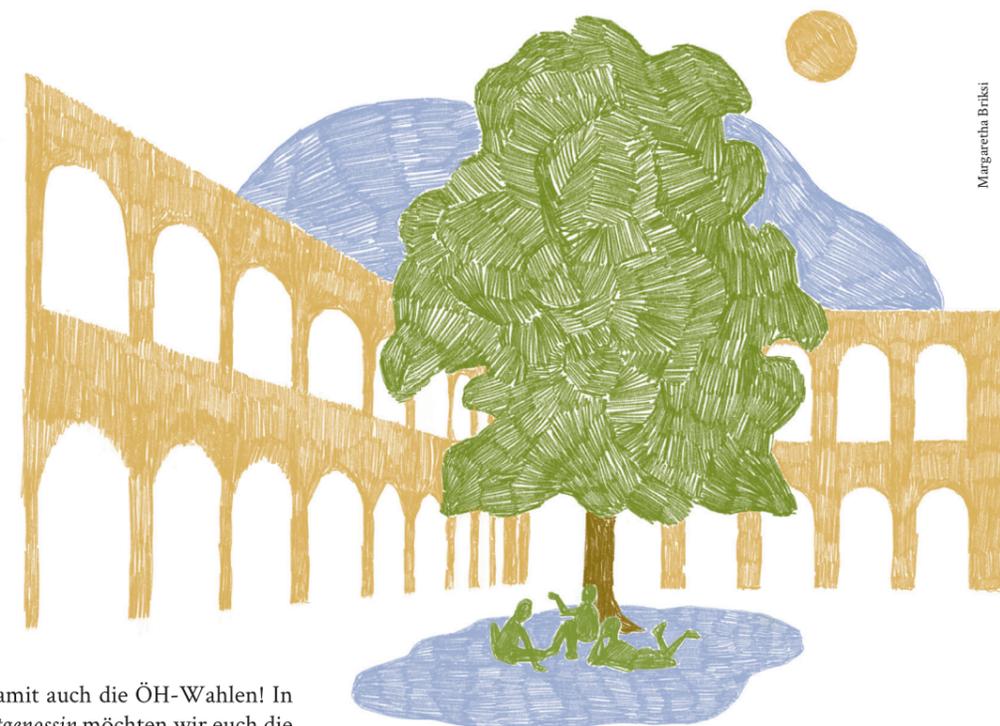
der Mai steht vor der Tür und damit auch die ÖH-Wahlen! In der vorliegenden Ausgabe der *zeitgenossin* möchten wir euch die wichtigsten Informationen rund um die Wahl mitgeben. Wer tritt an und welche Fraktionen gibt es? Wie funktionieren die ÖH-Wahlen und welche Aufgaben hat die ÖH überhaupt? Weshalb sollte auch die Uni eine demokratische Institution sein? Und was ist eigentlich das Allgemeinpolitische Mandat? All diese Fragen beantworten wir für euch, damit ihr euch eine fundierte Meinung bilden und eure Stimme bei den Wahlen abgeben könnt.

Doch nicht nur die Wahl an sich ist ein wichtiges Thema für uns. In dieser Ausgabe haben wir auch Platz für kritische Stimmen, die die prekäre Lage von Studierenden aus Drittstaaten, die schleichende Entdemokratisierung der Universität und studentische Widerstandsaktionen, wie die aktuellen Klimaproteste, thematisieren.

Neben diesen aktuellen Themen werfen wir auch einen Blick in die Zukunft. Wie könnte Studieren in einer Gesellschaft ohne kapitalistische und neoliberale Interessen aussehen? Und wie sähe die Utopie einer feministischen Hochschule aus? Wir freuen uns darauf, mit euch gemeinsam diese Themen zu diskutieren und hoffen, dass wir euch spannende neue Perspektiven eröffnen und bei eurer Entscheidung für die ÖH-Wahlen unterstützen können.

Eure *zeitgenossin*-Redaktion

Pürmayr *Neel* *Elm*
Paulina
Reyer *N. Eder*
Mittesmayr *Mara*



Margaretha Briksi

INHALTSVERZEICHNIS



Thomas Martin Mennetrier

ÖH-WAHLEN 2023

- 08 VORSITZKOMMENTAR
Toma Khandour,
Fridolin Tagwerker
- 10 ÖH-WAHLEN
Info und Kontext.
Redaktion zeitgenossin
- 11 ÖH-WAHLERGEBNISSE 2021
- 12 DIE LETZTEN ZWEI JAHRE
ÖH-Arbeit in herausfordernden
Zeiten. Redaktion zeitgenossin
- 14 WAHLWERBENDE FRAKTIONEN

HOCHSCHULE

- 20 UNIVERSITÄT EIN
POLITISCHER RAUM
Wie das Zusammenspiel von
Universität, Staat und Wirtschaft die
Entdemokratisierung der Uni voran-
treibt. Nadja Etinski
- 22 VIELFÄLTIGE HOCHSCHULEN FÜR
EINE BEFREITE GESELLSCHAFT
Warum die Zugänglichkeit von
Universitäten ein wichtiges Anliegen
emanzipatorischer Bewegungen sein
muss. Lola Fürst
- 24 MENSCHEN OHNE ELLENBOGEN
Wie würde ein Studium in einer nicht
kapitalistisch orientierten
Gesellschaft aussehen?
Manuel Helmus
- 25 UTOPIE EINER FEMINISTISCHEN
HOCHSCHULE
Eine Reflexion darüber, wie
Feminismus an universitären
Institutionen gelehrt, gelernt, und
gelebt werden kann. Elodie Ahn

- 27 WARUM ES WICHTIG IST, DAS
ALLGEMEINPOLITISCHE MANDAT
ZU VERTEIDIGEN
Leonie Pürmayr

- 28 DIE PREKÄRE LAGE DER
STUDIERENDEN AUS
DRITTSTAATEN
Eine strukturelle Ungleichheit
gefördert vom österreichischen
Staat. Juan Gerez

- 30 BRAUCH UND PROTEST
Über eine konservative Gesellschaft,
die gegen Protest protestiert.
Leon Kruml

- 32 COMIC
Pedro José Schwärzler de
Melo Oliveira

- 34 AUSBLICK & IMPRESSUM



VORSITZ- KOMMENTAR

Liebe Studierende, alle zwei Jahre finden die ÖH-Wahlen statt. Vom 9. bis 11. Mai könnt ihr eure Vertretung wählen. Gerade in Zeiten von Teuerungskrise, Klimakrise und Bildungskrise ist es wichtig, eine starke Vertretung zu haben, die hinter uns Studierenden steht – die Hochschüler_innenschaft ist genau diese Interessensvertretung der Studierenden. Sie ist sowohl ein starkes Sprachrohr gegen Ungerechtigkeiten an der Universität als auch eine Vertretung, die durch zahlreiche Projekte, Förderungen und Beratungsangebote den Studierenden zur Seite steht. Informiert euch in dieser Wahlausgabe über die Möglichkeiten, die ihr bei der Wahl habt und nutzt eure Stimme, um eure Interessensvertretung zu wählen.

Die *Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien* (kurz ÖH Uni Wien) ist deine Vertretung an der Uni Wien. Mit unserem Beratungsangebot unterstützen wir dich sowohl bei studienrechtlichen als auch sozialen Fragen. Ebenso bieten wir Meldestellen für sexistische, rassistische oder rechtsextreme Übergriffe an. Uns ist es wichtig zu betonen, dass wir uns als eine linke Hochschulvertretung verstehen, wodurch genau solche Beratungsangebote möglich werden.

Darüber hinaus haben wir einige andere Projekte umgesetzt. In den letzten zwei Jahren gab es unter anderem unsere Prekaritätskampagne. In diesem Rahmen haben wir mit Vorträgen, Film screenings und Partys verschiedene Facetten prekärer Lebensverhältnisse thematisiert. Außerdem wurden zahlreiche Demos wie zum Beispiel der antifaschistische Budenbummel oder die „Studieren finanzieren“-Demo von der ÖH organisiert und unterstützt. Gegenüber dem Rektorat machten wir darauf aufmerksam, dass die Universität Wien leider noch lange kein Ort ist, der frei von Dis-



Fridolin Tagwerker, Toma Khandour

kriminierungen jeglicher Art ist. So setzten wir uns weiterhin unter anderem dafür ein, dass endlich etwas gegen die Burschenschaften unternommen wird, die sich jeden Mittwoch an der Unirampe treffen. Mit langen Gesprächen, Hartnäckigkeit und viel Arbeit ist es uns möglich, Veränderungen zu bewirken. Diese Arbeit lohnt sich, wenn wir dann zum Beispiel All-Gender-Toiletten oder gratis Menstruationsartikel durchsetzen konnten.

An der ÖH Uni Wien gibt es insgesamt 16 Referate, die alle mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten ihren Teil zu einem besseren Studierendenleben an der Universität Wien beitragen. Alle zwei Jahre organisieren wir mit der Wahlkommission die ÖH-Wahlen an der Universität Wien. Uns ist es wichtig, umfassend über diese Wahlen zu informieren und darauf aufmerksam zu machen, damit so viele Studierende wie möglich wählen gehen. Denn je mehr Studierende wählen, desto stärker ist die ÖH legitimiert.

Damit ihr euch eine Meinung bilden könnt, bei welcher antretenden Gruppe ihr eure Interessen am besten wiederfindet, veranstalten wir gemeinsam mit der Bundesvertretung und vielen anderen Studierendenorganisationen Podiumsdiskussionen zur ÖH-Wahl. Damit ihr davon also nichts verpasst, schaut auf unsere Website und Social-Media-Kanäle und kommt zu den anstehenden Veranstaltungen.

Solidarische Grüße,
euer Vorsitzteam der ÖH Uni Wien

Margaretha Briski



ÖH-WAHLEN 2023 - INFORMATION UND KONTEXT

Von 9.5. bis 11.5. ist es wieder soweit – die ÖH-Wahlen stehen an. Alle 2 Jahre wählen wir Studierende unsere gesetzlich verankerte Vertretung. Welche Schwerpunkte in dieser Vertretungsarbeit gesetzt werden, das wird nicht zuletzt durch die ÖH-Wahlen bestimmt.

Die Arbeiterkammer vertritt Arbeitnehmer:innen, die Wirtschaftskammer vertritt Arbeitgeber:innen, die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH) vertritt Studierende¹. Als gesetzliche Interessensvertretung aller Studierenden in Österreich besitzt die ÖH verschiedene Möglichkeiten, dieses Vertretungsmandat zu nutzen. Sie vertritt die Interessen der Studierenden gegenüber staatlichen Behörden und Einrichtungen sowie gegenüber anderen Hochschulorganen. Die ÖH ist berechtigt, Stellungnahmen zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen abzugeben. Darüber hinaus können gesellschaftliche Problemlagen, die (auch) Studierende betreffen, öffentlich thematisiert und politische Veränderungen eingefordert werden (siehe auch S. 27).

Die Mandatsverteilung im Studierendenparlament wird durch die ÖH-Wahlen² entschieden. Wir Studierende können auf drei Ebenen der Studierendenvertretung eine Stimme abgeben. Die *Bundesvertretung* vertritt die Interessen der Studierenden österreichweit gegenüber Ministerien, Politiker:innen sowie gegenüber anderen Hochschulorganen. Die *Hochschulvertretung* agiert als studentische

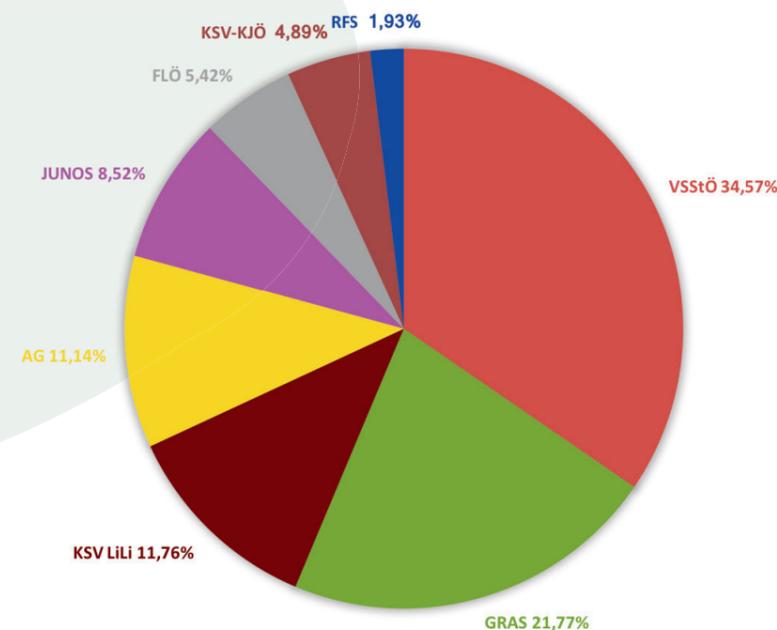
Vertretung auf den einzelnen Hochschulen wie zum Beispiel die ÖH Uni Wien (siehe auch S. 12). Auf diesen beiden Ebenen können unterschiedliche Listen beziehungsweise Fraktionen gewählt werden (siehe auch ab S. 14). Auf der Ebene der *Studienvertretung* werden die Vertreter:innen in deiner Studienrichtung direkt gewählt (Personenwahl).

Wahlberechtigt sind alle Studierende in Österreich – unabhängig von Staatsbürgerschaft und Studiendauer. Wenn du deinen ÖH-Beitrag für das Sommersemester 2023 rechtzeitig eingezahlt hast, kannst du auf allen drei Ebenen deine Vertretung wählen. Informiere dich über deine Wahlmöglichkeiten, über die Forderungen und Positionen der jeweiligen Fraktionen und über Möglichkeiten, selber aktiv zu werden.

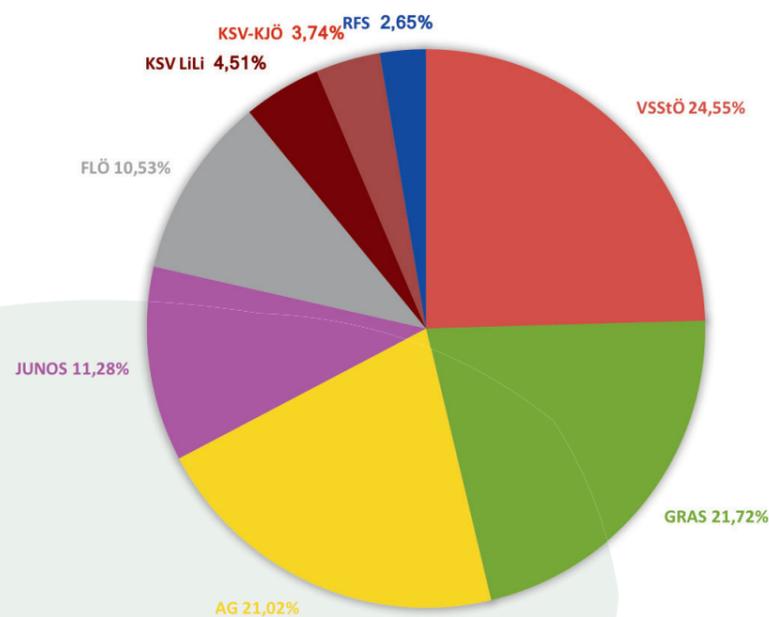
Redaktion *zeitgenossin*

¹ BMBWF: Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft. bit.ly/bmbwf
² ÖH Wahlergebnisse: bit.ly/oehwahlergebnisse

ÖH-WAHLEN 2021 ÖH-WAHL 2021 – UNIVERSITÄT WIEN



ÖH-WAHL 2021 – BUNDESVERTRETUNG



Fraktionskürzel erklärt:
VSStÖ - Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich, **GRAS** - Grüne & Alternative Student_innen, **KSV-LiLi** - Kommunistischer Student_innenverband - Linke Liste, **AG** - Aktionsgemeinschaft, **JUNOS** - Junge liberale Studierende, **FLÖ** - Unabhängige Fachschaftsliste Österreichs, **KSV- KJÖ** - Kommunistischer StudentInnenverband, **RFS** - Ring Freiheitlicher Studenten

DIE LETZTEN ZWEI JAHRE ÖH UNI WIEN

Die ÖH-Wahlen 2021 fanden unter Bedingungen der Covid-19 Pandemie statt. Dies war allerdings nur eine von vielen Herausforderungen, die die letzten zwei Jahre der Hochschulvertretungsarbeit mit sich brachte. Aufgrund zahlreicher gesellschaftlicher Krisen, eines Reformbedarfs in den Bereichen Bildung und Studium sowie Verschlechterungen der Lebenssituation vieler Studierender war eine kritische, widerspenstige und linke ÖH wichtiger denn je.

Auf dem Wahlergebnis von 2021 basierend (siehe auch S. 11) war mit den Stimmen von VSStÖ¹ und KSV-LiLi² eine Mandatsmehrheit gegeben. Gemeinsam mit den *Basisgruppen* (BaGrus/IGs)³ startete diese linke, basisdemokratische Exekutive der ÖH Uni Wien im Juli 2021 ihre Arbeit. Dominantes Thema war zunächst Corona und die Auswirkungen auf Studium und Studierende. Die ÖH stand in engem Austausch mit dem Rektorat und anderen Entscheider:innen der Universität Wien, um ein sicheres Studieren zu ermöglichen. Der Ausbau der digitalen und hybriden Lehre wurde vorangetrieben.

Weitere Schwerpunkte waren die Unterstützung und Organisation von studentischen, antifaschistischen, antirassistischen, klimapolitischen und bildungspolitischen Protesten, Aktionen und Initiativen. Die 16 Referate der ÖH Uni Wien bringen sich hier je nach Themenbereich ein oder setzen mithilfe von Kampagnen, Veranstaltungen und politischen Austausch eigene Themen. Durch verschiedene Förderungsmöglichkeiten und -mittel konnten auch zahlreiche Ini-

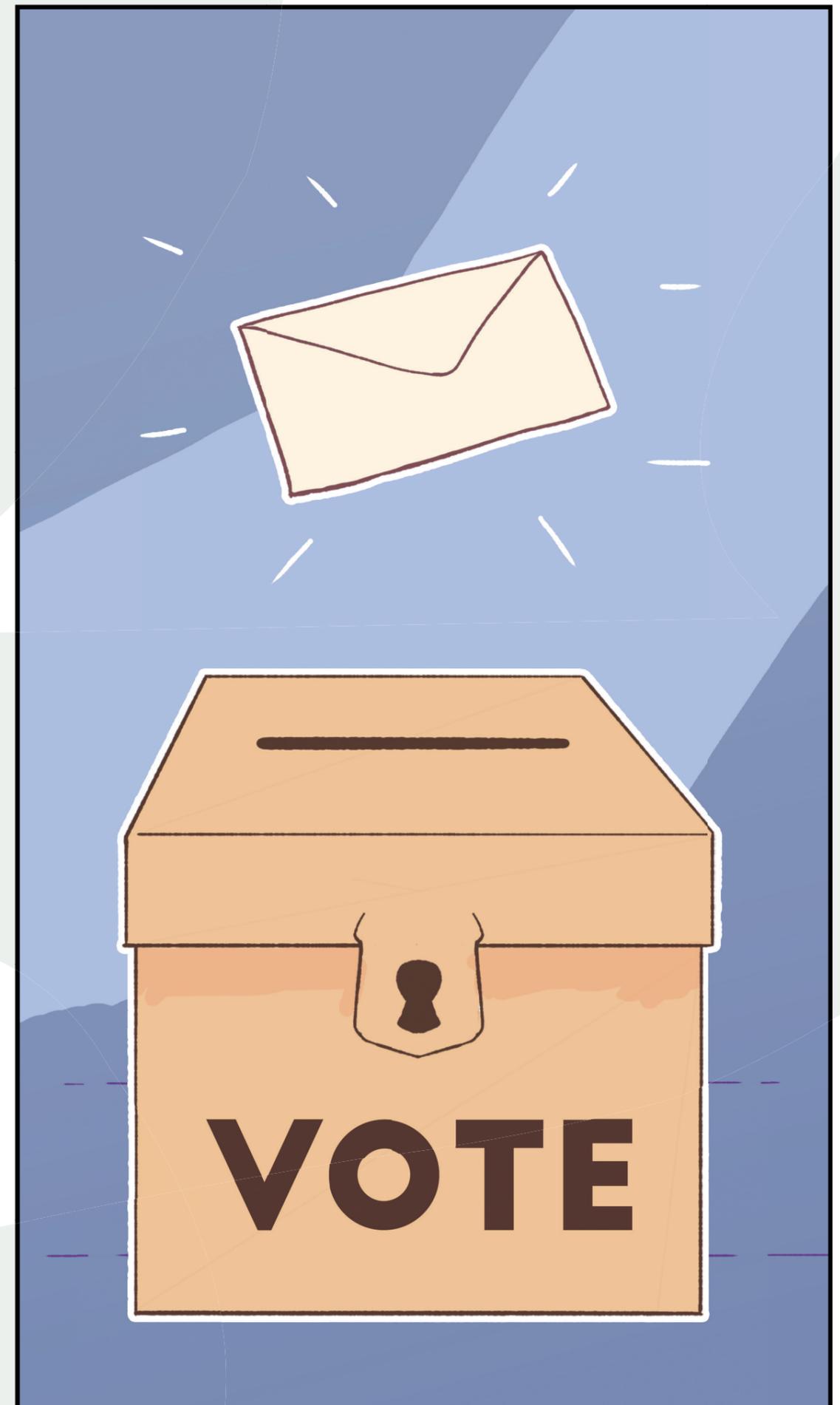
tiativen finanziell unterstützt werden.

Die Aufgaben und Zuständigkeit der ÖH lassen sich nicht auf bloße „Serviceleistungen“⁴ – wie manche wahlwerbenden Fraktionen behaupten – reduzieren. Denn das (gesellschaftliche) Leben von Studierenden endet nicht an der Hörsaaltür. Wir Studierenden sind auch von Diskriminierung, Teuerung, hohen Wohnkosten oder auch der Klimakatastrophe betroffen. Ein gesellschaftspolitisches Engagement, ein lautstarkes Einsetzen für die Interessen der Studierenden war dieser Exekutive daher ein zentrales Anliegen.

Neben einem umfangreichen Beratungsangebot der ÖH Uni Wien wird auch eine finanzielle Unterstützung für diejenigen, die darauf angewiesen sind, ermöglicht. Ende 2022 wurde der Sozialtopf der ÖH Uni Wien aufgestockt. Ein eigener Fördertopf für Psychotherapie wurde geschaffen. Darüber hinaus unterstützt die ÖH Uni Wien lautstark die Proteste von Angestellten der Universitäten⁵. Mit der *Prekaritätskampagne* der ÖH wurden auf die prekären Lebensverhältnisse von jungen Menschen aufmerksam gemacht und strukturelle Probleme benannt.

Weitere Informationen zur ÖH Uni Wien und deren Arbeit findest du hier: oeh.univie.ac.at/.

¹ vsstoe.at/wien/
² ksv-lili.at/
³ basisgruppen.at/
⁴ Dass sich das allgemeinpolitische Mandat und „Serviceleistungen“ nicht widersprechen, zeigt unter anderem das umfangreiche Beratungs- und Unterstützungsangebot der ÖH Uni Wien: oeh.univie.ac.at/beratung.
⁵ uni-wien-unterbau.at/



VSSTÖ

KSV-LiLi

Warum tretet ihr zur ÖH-Wahl an?

Unser Leben ist geprägt von Krisen: Die Erde brennt, die Pandemie hinterlässt psychische Wunden und die Teuerung frisst unsere Miete. Was es jetzt braucht, ist eine ÖH, die sich weiterhin für die Anliegen der Studierenden einsetzt und dafür sorgt, dass Studieren nicht ein Privileg der Wenigen bleibt. Wir kämpfen für soziale Absicherung, Antidiskriminierung, Klimaschutz, Barrierefreiheit und für ein gerechtes Studium.

Was habt ihr in den letzten zwei Jahren gelernt?

Dass Studierende der Regierung ziemlich egal sind. Umso motivierter sind wir, weiterhin eine starke und soziale Stimme gegenüber dem Rektorat und in weiterer Form gegenüber dem Bildungsministerium zu sein. Wir haben aber auch gesehen, wie schön es sein kann, wenn sich Studierende zusammentun und für ihre Anliegen auf die Straßen und in besetzte Hörsäle gehen.

Wie würde die perfekte Hochschule für euch aussehen?

Die perfekte Hochschule hätte für alle Platz, egal welche Hautfarbe, Sexualität, Geschlechtsidentität oder Staatsbürger_innenschaft. Sie hätte eine (system)kritische Lehre, kostenlose Skripten und Pflichtlektüre sowie genug technisch ausgestattete Lernräume. Die perfekte Hochschule wäre partizipativ und hätte weiterhin den VSStÖ in der ÖH!

Was wird die größte Herausforderung in der Zukunft?

Die Klimakrise und der immer stärker werdende Rechtsruck in der Politik. Wir Studierende wollen in eine Zukunft blicken können, in der Chancengleichheit und ein schönes Leben für alle, frei von Leistungsdruck, Diskriminierung und Klimakatastrophen, möglich ist.

Warum tretet ihr zur ÖH-Wahl an?

Wir treten an, weil wir nicht tatenlos dabei zusehen wollen, wie die Verhältnisse der Studierenden in Zeiten von multiplen Krisen sich immer weiter verschlechtern – und weil nur wir eine linke und antifaschistische ÖH garantieren!

Was habt ihr in den letzten zwei Jahren gelernt?

Nach der ersten Wahl seit Beginn der Pandemie, aus der wir gestärkt hervorgegangen sind, war klar, dass diese Exekutive anders und herausfordernd sein würde. Wir haben in den letzten zwei Jahren viel über Zugänglichkeit gelernt und wie wir trotz Pandemie für die Studierenden da sein und kämpfen können. Diese Erfahrungen aus jahrelanger und intensiver ÖH-Arbeit wollen wir nutzen, um dem Kampf gegen aktuelle Herausforderungen wie hohe Lebenshaltungskosten, Ungleichheit, Klimakrise, Diskriminierung und vielem mehr eine kritische, studentische Stimme zu verleihen.

Wie würde die perfekte Hochschule für euch aussehen?

Eine Hochschule ohne Konkurrenzkampf, an der Bildung für alle frei zugänglich ist und die sich dem Leistungsdruck des kapitalistischen Systems widersetzt. Wir wollen eine wortstarke Hochschule, die sich darum kümmert, dass Studierende nicht in Prekarität und Armut leben müssen. Eine Hochschule, die feministisch ist und an der Gleichberechtigung schon lange Alltag ist. Außerdem lässt die perfekte Hochschule keinen Raum für Rechtsextremismus und ist klar/aktiv antifaschistisch. Sie sollte ein sicherer Ort sein, frei von Antisemitismus und Rassismus.

Was wird die größte Herausforderung in der Zukunft?

Eine der momentan größten Herausforderungen wird definitiv die hohe Inflation bei unter anderem Wohnen und Lebensmitteln sein. Schon vor der Pandemie lebten zwei von drei Studierenden unterhalb der Armutsgrenze. Es müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um die Lebensrealität von vielen nicht noch prekärer werden zu lassen. Als kommunistischer Verband wissen wir aber, dass schlichte Reformen nicht reichen werden! Wir müssen den Kapitalismus zerschlagen, wenn wir das schöne Leben für alle ermöglichen wollen.

GRAS

Warum tretet ihr zur ÖH-Wahl an?

Wir treten zur ÖH-Wahl an, weil es wichtig ist, eine starke grünalternative und linke ÖH zu haben, die sich einerseits um die Erhaltung unseres Planeten und andererseits um die Bedürfnisse der Studierenden kümmert. Als GRAS stehen wir für eine ÖH, die sich für Maßnahmen gegen die Klimakrise einsetzt und eine diskriminierungsfreie Hochschule schaffen will, an der wirklich alle studieren können.

Was habt ihr in den letzten zwei Jahren gelernt?

Die letzten zwei Jahre haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, endlich konsequenten Klimaschutz zu betreiben. Die Energiekrise des letzten Jahres hat uns deutlich vor Augen geführt, wie abhängig wir noch immer von fossilen Brennstoffen sind und dass wir schleunigst Alternativen dazu brauchen. Die Teuerung in den letzten Monaten hat viele Studierende in prekärste Lagen gebracht, daraus müssen wir lernen, dass es endlich finanzielle Absicherung braucht! Die Klimakrise und die Teuerung hängen außerdem zusammen – was es braucht, ist also einen Systemwandel.

Wie würde die perfekte Hochschule für euch aussehen?

Die perfekte Hochschule wäre ein diskriminierungsfreier Raum mit gleichen Chancen und Rechten für alle. Dazu gehören einerseits antirassistische, antifaschistische und antisexistische Arbeit, aber auch die Abschaffung von Studiengebühren und finanzielle Unterstützung für Studierende, die sich ihr Studium kaum leisten können. Außerdem muss die perfekte Hochschule natürlich klimaneutral sein und aktiv zur Bekämpfung der Klimakrise beitragen.

Was wird die größte Herausforderung in der Zukunft?

Die größte Herausforderung unserer Zeit ist der Umgang mit der Klimakrise. Deshalb ist es unsere Pflicht, für einen Systemwandel zu kämpfen, um auch in Zukunft auf unserem Planeten leben zu können.

AG

Warum tretet ihr zur ÖH-Wahl an?

Weil wir als Aktionsgemeinschaft davon überzeugt sind, dass es nicht reicht, Probleme nur aufzuzeigen. Wir wollen Verantwortung übernehmen und aktiv die Zukunft mitgestalten.

Die ÖH ist die Interessenvertretung aller Studierenden und keine ideologische Kaderschmiede. Die ÖH braucht mehr sachliche Hochschulpolitik und weniger Ideologie!

Was habt ihr in den letzten zwei Jahren gelernt?

Die Pandemie zeigte die zahlreichen Schwächen unseres aktuellen Hochschulsystems schonungslos auf. Wir möchten hier vor allem im Bereich der Digitalisierung die Fortschritte aus der Pandemie weiter ausbauen. Auch auf zwischenmenschlicher Ebene hinterließen die vergangenen Jahre schwere Spuren. Wir wollen deshalb das soziale Miteinander in den Mittelpunkt stellen. Die Studienzeit ist nämlich eine der prägendsten Phasen unseres Lebens.

Wie würde die perfekte Hochschule für euch aussehen?

Eine Hochschule, welche die Bedürfnisse der Studierenden in den Mittelpunkt stellt. Eine perfekte Hochschule muss ein selbstbestimmtes Studium ermöglichen, das die Talente der Studierenden fördert und ihnen eine gute Ausbildung bietet. Zugleich muss sie immer eine Triebfeder des Austauschs und der Innovation sein. Sie ist ein Ort des konstruktiven Miteinanders.

Was wird die größte Herausforderung in der Zukunft?

Den Stellenwert von Wissenschaft, Forschung und Lehre in der gesellschaftlichen Wahrnehmung zu stärken. Die Hochschulen gaben schon immer Antworten auf die dringenden Fragen unserer Zeit. Unser Bildungssystem muss ausfinanziert sein, um diese Aufgabe erfüllen zu können. Denn eines ist klar: Wir Studierenden sind die Zukunft, und es sind unsere Hochschulen.

JUNOS

Warum tretet ihr zur ÖH-Wahl an?

Wir sprechen die beiden grundlegendsten Probleme im Studium klar an:

1. Das Studium in Österreich bringt uns Studierenden nicht das bei, was wir in unserem Leben wirklich brauchen.
2. Denen, die das ändern können, ist das vollkommen egal.

Die schauen lieber zu. Und da spreche ich von der Bundesregierung, über die Großparteien bis hin zur ÖH. Dabei wollen wir Studierenden nicht mehr als eine Chance auf eine selbstbestimmte Zukunft durch ein hochqualitatives Studium. Dafür kandidieren wir.

Was habt ihr in den letzten zwei Jahren gelernt?

Diese Frage stellen sich viele Studierende nach vier Semestern auch immer wieder. Dabei wollen wir doch nur durch das Studium lernen, was uns im (Berufs-)Leben weiter bringt. Derzeit bekommt man diese Chance aber nicht. Das Studium ist viel zu realitätsfremd, es gibt wenig Berührungspunkte mit der Wirtschaft und der ‚echten Welt‘ und individuelle Talente werden nicht gefördert. So geht das nicht weiter.

Wie würde die perfekte Hochschule für euch aussehen?

Top-modern.
Hochqualitativ.
Realitätsbezogen.

Was wird die größte Herausforderung in der Zukunft?

Alle anderen Fraktionen und auch die meisten Studierenden unterschätzen den Sparkurs in der Hochschulbildung. Mit dem aktuellen System und dem ständigen Rufen nach „mehr Staat“ wird sich das in Zukunft nicht lösen – ganz im Gegenteil! Der Staat will und kann das nicht allein stemmen – wir bieten eine Alternative. Ansonsten vernichtet dieser Sparkurs weiter unsere Chance auf eine selbstbestimmte Zukunft!

FLÖ

Warum tretet ihr zur ÖH-Wahl an?

Wir treten zur ÖH-Wahl an, um den Studierenden eine parteiunabhängige Option zu geben, die zwar ihr allgemeines politisches Mandat nutzt, die Interessen der Studierenden jedoch ohne Parteiinteressen vertritt. Unser Fokus sind Studienrecht und linke Allgemeinpolitik, mit Schwerpunkt Antibleismus und Feminismus.

Was habt ihr in den letzten zwei Jahren gelernt?

Studierende werden nicht nur in der Pandemie, sondern auch in Zeiten der Rekord-Teuerung im Stich gelassen. Es braucht dringend strukturelle Änderungen, um Menschen ohne oder mit geringem Einkommen auch bei zunehmender Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten finanziell abzusichern. Und die Regierung verwendet jede nur mögliche Ausrede, um sich der Klimakrise nicht stellen zu müssen. Erst Covid, dann der Krieg in der Ukraine, jetzt die Teuerung – so kann es nicht weitergehen.

Wie würde die perfekte Hochschule für euch aussehen?

Die perfekte Hochschule wäre ein diskriminierungsfreier Raum, der allen Personen, unabhängig von Alter, Gender, Behinderungen, Herkunft, Bildungsgrad der Eltern und sexueller Orientierung offensteht und Chancengerechtigkeit bietet. Sie wäre ein Safe Space.

Was wird die größte Herausforderung in der Zukunft?

Die größte Herausforderung neben der Klimakrise wird, dass die Politik endlich auf die Wissenschaft hört und danach handelt. Auch, dass die Anliegen der Jugend ernstgenommen werden, wird eine große Herausforderung.

KSV-KJÖ

Warum tretet ihr zur ÖH-Wahl an?

Die ÖH hat jeden Bezug zu den durchschnittlichen Studierenden verloren – die katastrophale Wahlbeteiligung und eine Demo mit lediglich ein paar hundert Personen an einer Universität mit mehr als 80.000 Studierenden machen das offensichtlich. All das, während Studierende von der Politik im Stich gelassen werden. Wir treten an, weil es eine politisch starke Studierendenbewegung braucht und eine ÖH, die diese unterstützt, um den Problemen unserer Zeit etwas entgegenzusetzen!

Was habt ihr in den letzten zwei Jahren gelernt?

Die meisten Studierenden wissen nicht, was die ÖH ist und was sie macht. Die ÖH zeigt wiederum kein Interesse, daran etwas zu ändern, und hat unsere Versuche, Studierendenversammlungen einzuberufen, blockiert. Es überrascht folglich kaum, dass die ÖH es nicht schafft, Studierende zu mobilisieren oder für Projekte zu erreichen.

Wie würde die perfekte Hochschule für euch aussehen?

Eine ausfinanzierte, nicht von privaten Geldern abhängige Hochschule, die eine qualitativ hochwertige und kostenlose Bildung gewährleistet und Forschung zum Wohl der Gesellschaft statt für die Wirtschaft betreibt. Unser Wahlprogramm mit ausführlichen Forderungen findet sich auf unserer Website.

Was wird die größte Herausforderung in der Zukunft?

Die Regierungsparteien der letzten Jahrzehnte haben auf eine Privatisierung der Bildung Österreichs hingearbeitet. Es ist unsere Aufgabe als Studierende, das von früheren Generationen hart erkämpfte Recht auf Bildung zu schützen und auszubauen, anstatt weiter hilflos zuzusehen, wie frühere Errungenschaften abgebaut werden.



ENTDEMOKRATISIERUNG DER UNIVERSITÄT

WIE DAS ZUSAMMENSPIEL VON UNIVERSITÄT, STAAT UND WIRTSCHAFT DIE ENTDEMOKRATISIERUNG DER UNI VORANTREIBT

Alle zwei Jahre wählen wir Studierenden unsere Vertretung – und bei jeder Wahl nehmen weniger von uns an den Wahlen teil. Mit nur 15,73 Prozent erreichte die Wahlbeteiligung 2021 einen historischen Tiefststand. Die Entdemokratisierung der Universität schreitet voran. Das zeichnet sich aber an mehreren Entwicklungen ab, nicht nur an der sinkenden Wahlbeteiligung.

In welcher Beziehung stehen Universität und Politik zueinander?

Es ergibt erst Sinn, über eine Entdemokratisierung der Universität zu sprechen, wenn die Universität als politischer Ort begriffen wird. Deutlich wird die politische Dimension der Institution, wenn es um Fragen der Bildungspolitik, Hochschulpolitik oder Forschungspolitik geht, die diese direkt betreffen. Aber auch Sozialpolitik hat einen Einfluss auf Studierende und Mitarbeiter:innen der Universität. An der Universität selbst werden politische Entscheidungen getroffen, die Auswirkungen auf Studierende, Lehrende, Mitarbeiter:innen und die Gesellschaft haben. Als Ort des Meinungsaustausches, der Debatten und des Engagements für gesellschaftliche Veränderungen ist die Universität außerdem ein zentraler Ort, an dem Gesellschaftspolitik verhandelt und diskutiert wird.

Jaques Derrida setzte sich bereits Ende des letzten Jahrhunderts mit der Beziehung von Politik und Universität auseinander. Nach einer Auseinandersetzung mit Kants Schriften stellte er eine Verän-

derung der Rolle der Universität seit dem 18. Jahrhundert fest. Er zitiert Kants Schrift *Der Streit der Fakultäten* (1789), in der dieser die Universität analog zur Gesellschaft versteht. Ohne irgendein Vorwissen über die Organisation einer Universität habe die Regierung aus einem Gefühl der Notwendigkeit heraus a priori ein Prinzip für diese Organisation gefunden, das glücklich mit dem aktuell angewandten Prinzip übereinstimme¹

Derrida erkannte den zentralen Unterschied zwischen der Universität im 18. und dem 20. Jahrhundert darin, dass sich Wissenschaft und Forschung in bestimmten Disziplinen wie der Mathematik, Physik oder Philosophie von einer grundlegenden Lehre und Forschung zu einer zielgerichteten, utilitaristischen hin entwickelt hätten. Wo früher Wissen unter dem Prinzip der Vernunft vermittelt worden sei, stehe nun die Frage nach dem Nutzen. Grundlagenforschung in Mathematik, Physik oder Philosophie sei in früheren Jahrhunderten noch vom Staat, von der Zivilgesellschaft oder von Kapitalinteressen unter dem Deckmantel des Staates abgeschirmt gewesen. Heute erhalte sie durch Staat, Zivilgesellschaft oder Kapitalinteressen erst ihre Legitimation. Felder, die auf kurze Sicht am wenigsten profitabel seien, würden weniger unterstützt oder gefördert. Indem Forschungsfelder hinsichtlich ihrer Nützlichkeit bewertet würden, werde auch jegliche Zensur hinfällig. Die Begrenzung und Kontrolle universitärer Forschung sei komplex und erfolge beispielsweise durch eine Unzulässigkeit des Diskurses oder die Unterfinanzierung „unnützer“ Forschungsprojekte. Die Universität werde dadurch zur corporation, zu einem Unternehmen. Sie sei immer abhängig von der techno-ökonomischen Situation einer Gesellschaft. Derrida sieht jedoch eine gewisse universitäre Verantwortung bei Studierenden und Lehrenden, für die Aufrechterhaltung der Würde der Wissenschaft zu sorgen²

In jüngerer Forschung gibt es die Theorie der triple helix von Universität, Industrie und Regierung, welche die enge Verflechtung von Universität, Staat und Wirtschaft beschreibt.³ Demnach hätten sich die Grenzen zwischen diesen Sphären verwischt, so dass die Erweiterung des Wissens in ein kompatibles Verhältnis zur Kapitalisierung des Wissens eingebunden werde. Die zunehmende Kooperation zwischen den drei Sphären mit besonderem Interesse an der Wissensproduktion führe zur Entstehung der unternehmerischen Universität, einer hybriden Organisation, die neben wissenschaftlicher Forschung und Hochschulbildung auch die wirtschaftliche Entwicklung einbezieht. Das geschieht beispielsweise durch Technologietransferbüros, Spin-off-Firmen und Wissenschaftsparks.⁴ Dass alle gesellschaftlichen Bereiche Kapitalinteressen untergeordnet werden, betrifft also natürlich auch längst die Universität.

¹ Derrida, Jacques: *Eyes of the University – Right to Philosophy 2. Mochlos, or The Conflict of the Faculties*, Stanford University Press, 2004, S. 83.

² Derrida, Jacques: *The Age of Reason and the Politics of the University*. Vortrag, 21.04.1983, Minute 50-53. bit.ly/41TLTzD (letzter Zugriff: 24.04.23).

³ Etzkowitz, Henry: *The Triple Helix: University-Industry-Government Innovation in Action*. Routledge, London and New York, 2008.

⁴ Kantasalmi, Kari; Tuunainen, Juha: *Advancing Understanding about the Relationship between Science, University and Society – An Introduction*. European Association for the Study of Science and Technology (Tampere, Finland), 2017, Vol 30 (2), S.3. bit.ly/41WtHx (letzter Zugriff: 24.04.23).



Margaretha Briks

Entdemokratisierung der Universität und das Studieren im Spätkapitalismus

Aufgrund dieser Interdependenzen sind auch zuletzt getroffene politische Entscheidungen, wie die Einführung von Bologna oder die letzte Novelle des Universitätsgesetzes, kritisch zu beurteilen. Seit der Einführung des Bologna-Systems muss sich heute jede:r beginnende Student:in als Input verstehen, dann als Kostenfaktor, dann als Output. Wer länger braucht, wird zur Belastung für das System, die die Leistungsbilanz negativ beeinflusst.⁵ Es wird nur noch gezählt und berechnet. Davon profitieren vor allem die Uni-Leitungen, die deutlich an Einfluss und Macht gewonnen haben.⁶ Währenddessen sind Studierende mit dem Sammeln von ECTS-Punkten und dem Jonglieren von Studium und Nebenjob oder Praktika beschäftigt. Die UG-Novelle, die mitten in der Pandemie über die Köpfen der Studierenden hinweg durchgesetzt wurde, ermöglichte es schließlich, jene Kostenfaktoren, die das System unnötig belasten, aus der Universität auszuschließen. Selbstbestimmung und Mitbestimmung im Studium wurden fast vollständig eliminiert. Es geht nur noch darum, schnell und produktiv zu sein. Wir sollen ECTS-Punkte sammeln und so schnell wie möglich so viele Publikationen wie möglich veröffentlichen.

Die Frage nach Verantwortung bleibt

Es ist wichtig, dass wir uns bewusst machen, dass die Universität nicht nur ein Ort der Wissensproduktion ist, sondern auch eine wichtige gesellschaftliche Institution, die eine demokratische Verantwortung hat. Wir sollten uns fragen, welche Rolle die Universität in einer demokratischen Gesellschaft spielen soll und welche Prioritäten wir setzen möchten. Hierbei sollten die Interessen von Studierenden eine zentrale Rolle spielen.

Es ist bedenklich, dass politische Entscheidungen, wie die Einführung von Bologna oder die letzte Novelle des Universitätsgeset-

zes, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen der Studierenden getroffen werden. Die ÖH als Interessenvertretung aller Studierenden müsste daher gestärkt werden, um sicherzustellen, dass die Stimmen der Studierenden gehört und ihre Rechte und Interessen vertreten werden. Insgesamt sollten wir uns bewusst sein, dass, wenn uns wirklich als demokratische Gesellschaft verstehen, die Universität auch eine demokratische Institution sein muss. Wir sollten uns aktiv dafür einsetzen, dass unsere Bedürfnisse wahrgenommen werden und die Universität nicht allein den Interessen der Wirtschaft und Regierung untergeordnet wird, wenn wir die Würde der Universität bewahren wollen.

Das Demokratieproblem, das wir in anderen Sphären der Gesellschaft beobachten können, spiegelt sich selbstverständlich auch in der Universität wider. Wissenschaft ist nicht Politik und sollte, so weit wie möglich, frei von Ideologie sein. Es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die Universität zentraler Teil einer größeren demokratischen Gesellschaft ist, die sich auch mit gesellschaftlichen Problemen und dem Einfluss des Kapitalismus auseinandersetzen muss. Jedes gesellschaftliche Problem ist ein Problem, das Studierende auch haben können. Deshalb ist es wichtig, dass es eine starke ÖH gibt, die sich für die Lösung dieser einsetzen kann. Ganz praktisch gedacht wird die politische Schlagkraft der ÖH geringer, wenn sie nur von sehr wenigen Studierenden gewählt wird. Je höher die Wahlbeteiligung, desto mehr Legitimation hat die Vertretung der Studierenden und umso besser kann sie argumentieren. Nur durch aktive Teilhabe an ÖH-Politik ist es uns möglich, den aktuellen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen.

Nadja Etinski

⁵ Liessmann, Konrad Paul: *Vom „geistigen Flanieren“ zum Kostenfaktor*, in: science.orf.at, 10.03.2010 (<https://bit.ly/444UuRQ>, letzter Zugriff am 14.04.2023).

⁶ Ebd.

VIELFÄLTIGE HOCHSCHULEN FÜR EINE BEFREITE GESELLSCHAFT

„[...] ORGANISIERT EUCH UND ZERLEGT DIESE UNIVERSITÄT SCHONUNGSLOS!“¹

So hieß es in einem auf dem Campus der Universität Berkeley, Kalifornien im Jahre 1964 verteilten Flugblatt. Dies war eine der Aufforderungen der internationalen studentischen Proteste in den 1960er-Jahren. Wenn heute aus der Universität heraus gesellschaftliche Veränderung erkämpft werden will, müssen komplexere Argumente und Denkweisen geschaffen werden.²

Beginnen wir mit einer Analyse des Bestehenden: Universitäten reproduzieren patriarchale, kapitalistische, kolonialistische und rassistische Strukturen, weil sie eine tragende Rolle in der Gestaltung des politischen Diskurses einnehmen – ob sie es wollen oder nicht. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand, denn Universitäten waren jahrhundertlang staatliche Institutionen, zu denen anfangs ausschließlich europäische Adelsöhne Zugang hatten, später auch bürgerliche Männer. Mittlerweile studieren in Österreich ungefähr gleich viele Frauen wie Männer, trotzdem sind gesellschaftliche Ausschlussmechanismen aufgrund von Klassenzugehörigkeit und/oder Ethnizität wirksam.

Nach wie vor wird auch Frauen der Zugang zur Universität aufgrund ihres Geschlechts erschwert. Da Frauen aufgrund ihrer gesellschaftlich zugeschriebenen Rolle ungefähr 75 Prozent der globalen unbezahlten Sorgearbeit leisten,³ haben sie im Vergleich zu Männern weniger Zeit, um sich um ihre akademische Bildung zu kümmern. Abgesehen von der unbezahlten Arbeit, die viele Frauen leisten, erhalten Frauen in Österreich auch knapp 20 Prozent weniger

Lohn für die gleiche Lohnarbeit, was wiederum die ökonomischen Ressourcen von Frauen knapper macht.

Den Status quo an den Universitäten haben wir dem Umstand zu verdanken, dass sich gesellschaftliche Strukturen von alleine gar nicht und durch Reformen nur sehr langsam verändern (zumindest zum Besseren). Der Hegemonie⁵ entsprechend tragen Lehrende oder andere Personen in bestimmenden Funktionen an der Universität rassistische, sexistische, queerfeindliche und klassistische Ressentiments in sich, die die Aufnahme und den Studienerfolg der gesellschaftlich Privilegiertesten tendenziell begünstigen. Weiße, männliche, cis-hetero gelesene Akademikerkinder haben es leichter.

Soll die Universität emanzipatorische soziale Veränderung unterstützen, muss das Studium zugänglicher werden. Für soziale Bewegungen ist die theoretische Bildung benachteiligter Gruppen enorm wichtig. Dies wird an folgendem Beispiel aus der Geschichte der Universität Zürich und der europäischen Frauenbewegung deutlich.

1840 ließ die Universität Zürich als erste europäische Uni Frauen zum Studium zu. Allerdings nicht wegen eines besonders progressiven Rektorats, sondern wegen Mangels an Studierenden. Trotzdem blieb es sehr schwierig, als Frau ein Studium abzuschließen. Folglich sammelten sich dort Akteurinnen der internationalen Frauenbewegung, die für die Chance, sich weiterzubilden, nach Zürich zogen

und sich dort vernetzten. Unter ihnen waren unter anderem Alexandra Kollontai und Rosa Luxemburg.^{6,7} Kollontai wurde später die erste Ministerin der Welt und setzte sich nach der Oktoberrevolution für die Rechte von Arbeiterinnen ein.

„Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken!“
(Rosa Luxemburg)

Die Universität spielt eine besondere Rolle im gesellschaftlichen Diskurs. Einerseits ist sie eine konformistische Institution, die die Macht des herrschenden Systems (gemeint ist ein Geflecht aus Kapitalismus, Patriarchat und strukturellem Rassismus) stützt und reproduziert. Andererseits haben Universitäten als politische Subjekte eine Sonderfunktion bezüglich der Hegemoniebildung. Als konkret-gewordene Vertretung der Abstraktion Wissenschaft beanspruchen sie eine gewisse Deutungshoheit zu diskutierten Themen. Im Neoliberalismus bekommt die Innovation, also die Forschung, einen besonderen Stellenwert und erlangt dadurch einen größeren Einfluss auf die Meinung der Bevölkerung. Universitäten und Wissenschaftler*innen äußern sich immer auch politisch, denn jede Aussage oder Enthaltung ist geprägt von politischen Zuständen und wirkt auf diese zurück. Als Beispiel erinnern wir uns an die Rolle von Wissenschaftler*innen während der Corona-Pandemie, als die Aussagen und Meinungen von Personen im Wissenschaftsbetrieb großen Einfluss auf die Gesetzgebung hatten.

Wenn das herrschende System bekämpft oder zumindest verändert werden soll, dann muss die gesellschaftliche Lage der Uni als Chance begriffen werden. Diejenigen, die privilegiert genug sind, zu studieren, müssen ihr Privileg der Mitbestimmung an dieser Institution nützen und das politische Feld, das früher ausschließlich bestimmten Männern zustand, in einen Ort für Gesellschaftskritik und Organisation umwandeln. Dass Universitäten und Studierende politische Akteur*innen sind, zeigte sich jüngst bei den Protesten im Iran, wo tausende von Studierenden – hauptsächlich Studentinnen – sich gegen das Regime auflehnten.

„Es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein.“ (Bert Brecht)

Um gesellschaftliche Veränderung zu erlangen, die ausgebeuteten Gruppen hilft, müssen Vertreter*innen dieser Gruppen Subjekte ihres eigenen Befreiungskampfes werden können. In der feministischen Bewegung ist es deswegen wichtig, dass Frauen und queere Personen sich engagieren, weil sie wissen, was es konkret bedeutet, vom Patriarchat unterdrückt zu werden. Gleich verhält es sich mit migrantisierten Menschen im strukturellen Rassismus und mit der



Margaretha Bräski

arbeitenden Klasse im Kapitalismus. Es muss diesen Menschen eine Deutungshoheit aufgrund spezieller Erkenntnisfähigkeit über ihre eigene Unterdrückung gegeben werden, und die Möglichkeit und Macht, zu handeln. Wenn wir die besondere Rolle der Universität erkennen, die sie in der gesellschaftlichen Diskursbildung spielt, dann wird klar, dass diese einst konservative und herrschaftstützende Institution auch genutzt werden kann, um Ausgebeuteten und Benachteiligten Handlungsmacht und eine Plattform zu geben. Die Universität muss also von emanzipatorischen Bewegungen als Handlungsfeld betrachtet werden.

„Wir können eine Welt gestalten, wie sie die Welt noch nie gesehen hat.“ (Rudi Dutschke)

Diejenigen, die jetzt an der Uni mitwirken und mitreden können, also Studierende, Lehrende, Personen in Anstellungsverhältnissen und Führungspositionen, haben die Aufgabe, die Uni inklusiver und vielfältiger zu gestalten. Konkrete Schritte könnten zum Beispiel die Einführung einer Grundsicherung für Studierende oder ein freier Studienzugang sein, für den keine Maturität notwendig ist. Das sind wichtige, leichter zu erkämpfende, im Vergleich kleine Forderungen, die uns das eigentliche Ziel einer gesellschaftlichen Umwälzung einfacher erreichen lassen.

Als Studierende sollten wir unsere gesellschaftliche Position reflektieren und überlegen, welche Privilegien wir deswegen besitzen. Letztendlich stellt sich für jede*n Einzelne*n von uns folgende Frage: Studieren wir, wie von uns erwartet, für unseren individuellen beruflichen Erfolg, oder nutzen wir die Möglichkeiten, die uns das Studi-Sein gibt, um eine kollektive emanzipatorische Kraft zu entwickeln?

Lola Fürst

¹ Flugblatt zitiert nach: Jacobs, Paul; Landau, Saul (Hrsg.): Die Neue Linke in den USA, München 1969, S. 201.

² Schultheis, Joshua: 50 Jahre „Studentenrevolte“. Über das Verhältnis von Universität und Revolution. bit.ly/3m2a6nZ (letzter Zugriff: 27.3.2023).

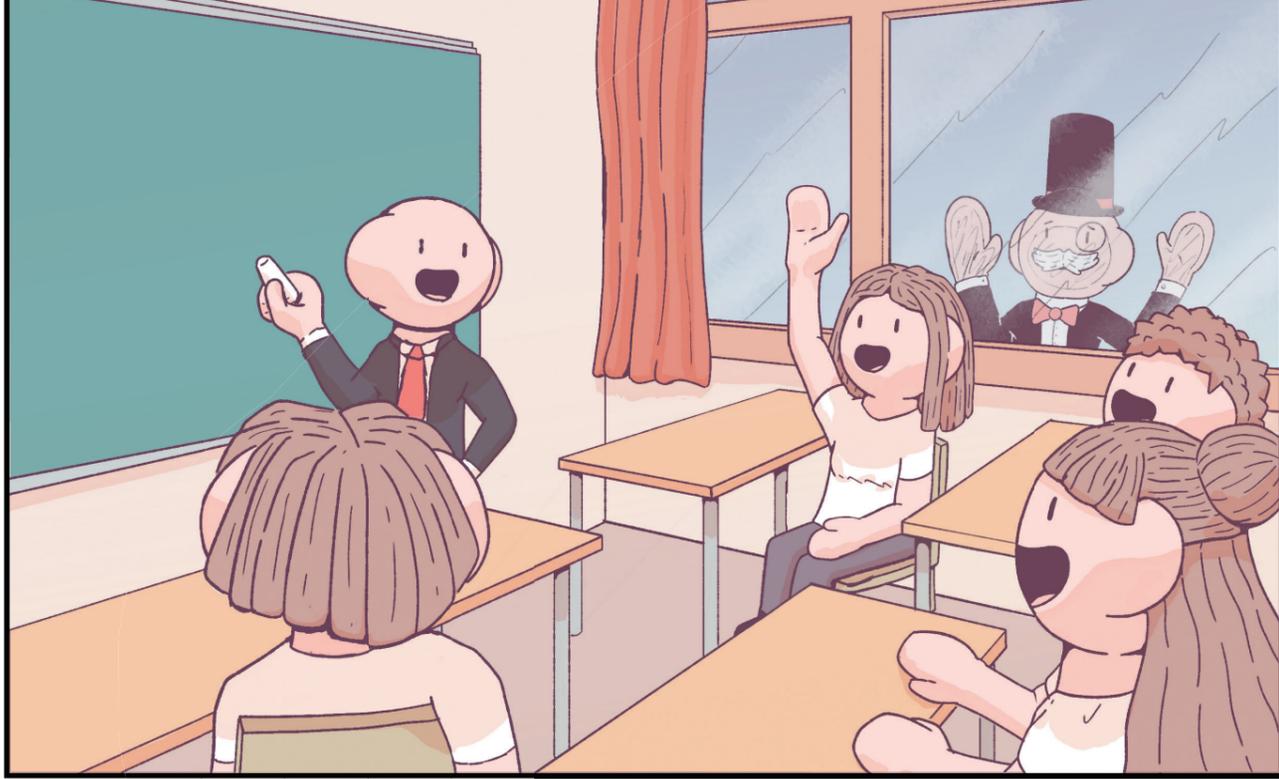
³ Oxfam Deutschland: Unbezahlte Hausarbeit, Pflege und Fürsorge. bit.ly/3zjj4jZ (letzter Zugriff: 27.3.2023).

⁴ Statistics Austria: International Women's Day 2022: Gender Pay Gap remains high at 18.9%. Press release, 03.03.2022. bit.ly/42Y7AQk (letzter Zugriff: 2.4.2023).

⁵ Hegemonie ist ein Konzept des italienischen Marxisten Antonio Gramsci und bedeutet die herrschende, gesellschaftlich akzeptierte Meinung.

⁶ alexikon: Alexandra Exter: Zwischen Futurismus und Suprematismus. bit.ly/3ITSCdD (letzter Zugriff: 2.4.2023).

⁷ Rosa Luxemburg Stiftung: Rosa Luxemburg – Lebensdaten. bit.ly/3G915jT (letzter Zugriff: 27.3.2023).



MENSCHEN OHNE ELLENBOGEN

Letztens habe ich endlich wieder geträumt. Zumindest muss es ein Traum gewesen sein. Einer dieser Wie-schön-wäre-es-wenn-Träume. Eine dieser Utopien.

Ich wache auf. Die gerade noch glücklich Taumelnde kommt wieder zu sich. Und der Traum wird zum Albtraum; die Uto- zur Dystopie. Oder bin ich da bloß bei Regen im Jetzt aufgewacht? Die Unis waren nichts weiter als der Gipfel einer marktorientierten Bildung. Verkommen zu zynisch verklärten Zertifizierungsinstrumenten der entfesselten organisierten Kriminalität... äh, Wachstumslogik. Unis, deren kritische und kreative Denkzweige auf starrer Linie austrocknen und deren Zertifikatinhaber:innen im durchgestylten LinkedIn-Ich um die Wette lächeln. Und wer studieren will, der muss es sich leisten können. Studienzulassung wie Studienzzeit.

Aber ich wollte eigentlich von meinem schönen Traum erzählen.

Ich kann mich zwar nicht an alle Details, aber noch an dieses Gefühl erinnern. Ein Gefühl der Wertschätzung, der Freiheit, der Gleichheit. Ich habe mal eine marxistische Abwandlung eines pazifistischen Allwetterspruchs gelesen, der beschreibt das ganz gut: Stell dir vor, es ist Kapitalismus und keiner geht hin.

Stell dir vor, es gibt großzügige niederschwellige Stipendien, die sich an dir als Mensch orientieren und nicht an dir als produktive Leistungsmaschine und Kapitalakkumulator:in. Utopisch? Vielleicht. Aber so ist es gewesen. Ich habe einfach studiert. Und nicht noch nebenbei in einem Restaurant drei Teller auf einem Arm ba-

lanciert, während ich Rechnungen abkassierte, die ich selbst niemals zahlen könnte. Da war eine studentische Mindestsicherung unabhängig vom magischen 25. Lebensjahr – nicht trotz, sondern wegen des Studiums.

Das Bildungsressort war eines der einflussreichsten Ministerien und hat eng mit der ÖH zusammengearbeitet. Die Wahlen gingen heiß her. Es gab sogar eine von Armin moderierte Elefant:innenrunde im TV.

Und das Schönste: Anstelle von BWL gab es Reziprozitätslehre! Das wurde sogar an der Uni gelebt. Wir haben einfach alles untereinander getauscht. Bücher, Notizen, Tipps und Tricks. Stell dir das mal vor! Menschen ohne Ellenbogen.

Selbst in kapitalgetriebenen Gesellschaften soll es Universitäten geben, die nicht maximal unterfinanziert werden und sich streng an wirtschaftsorientierte Curricula und Förderungen halten. Würde wirklich der Kapitalismus zerschmettert, wenn Studiengebühren und Stipendien nicht an eine Mindeststudienzeit oder das 25. Lebensjahr geknüpft werden? Wenn es eine wirkliche Zeit zur Orientierung geben würde? Wenn Praktika bezahlt und wirklich mit dem Studienalltag vereinbar wären? Wenn die Uni keine ECTS-Sammelmarkenstelle, sondern eine Institution der Forschung und Lehre wäre? Wenn Lehrende und Lernende wirklich Zeit hätten, aufeinander zuzugehen und Prüfungsvorbereitungen nicht im kollektiven Bulimielernen münden würden?

Wir müssen nicht jeden Weg für unmöglich halten. Nicht jeden Einschnitt, jede Kürzung und Förderabsage hinnehmen und unsere neoliberal-kapitalistische Alltagswelt als so alternativlos akzeptieren, wie sie sich gerne präsentiert. Es muss nicht so sein. Menschen sind keine produktiven Maschinen. Menschen sind emotionale Bündel, kreative Künstler:innen und struktursuchende Sumseebienen. Behaltet eure Ellenbogen, aber helft einander. Gönn einander. Bildet inklusive Banden, keine exklusiven Gruppen. Diskutiert und hört zu. Regt euch auf, geht protestieren. Und vor allem: Informiert euch, werdet aktiv und geht wählen!

Manuel Helmus

Feminismus ist mehr als die Umsetzung von Quoten. Der Kampf gegen systematischen Ausschluss verlangt eine grundlegende Veränderung des Systems.

Der Begriff des Feminismus meint zu unterschiedlichen Zeiten und Orten oft nicht das Gleiche. Gleich bleibt lediglich die Forderung nach Gleichberechtigung, nach Inklusion von marginalisierten Personen – insbesondere Frauen*. Ziel ist keine Umkehr einer patriarchalen Vorherrschaft hin zu einem Matriarchat, sondern eine Koexistenz aller ungeachtet ihrer (Geschlechts-)Identität. Eine feministische Hochschule ist eine Hochschule radikaler Inklusion in allen Bereichen der Lehr- und Lerntätigkeit. Es reicht somit nicht aus, mehr Frauen* an höhere Bildungseinrichtungen zu bringen. Diversität muss intersektional gedacht werden und sich neben den an Hochschulen tätigen Personen auch in ihren Inhalten und Strukturen wiederfinden. Feminismus ist der Versuch einer Dekonstruktion patriarchaler Machtkonstellationen. Die Verdrängung dieser Muster verlangt folglich den Aufbau neuer Organisationsformen. Männliche Vorherrschaft aufzulösen, bedeutet, Hierarchie gänzlich neu zu denken.

Ungleiche Ergebnisse trotz gleicher Chancen?

Vor nun bereits über 100 Jahren öffneten die österreichischen Hochschulen erstmals ihre Türen für Frauen*. Mittlerweile machen weibliche Studierende etwas mehr als die Hälfte aller Studierenden aus. In Bezug auf Geschlecht bestehen allerdings weiterhin ungleiche Verteilungen in Studienwahl- und erfolg sowie in darauffolgenden Anstellungsverhältnissen an den Institutionen. Geschlechterdifferenzen zeigen sich somit etwa in den unterschiedlichen Fachrichtungen. Besonders stark weiblich dominiert sind die Geisteswissenschaften. Mit weniger als einem Drittel ist der Anteil weiblicher Studierender im Bereich der Technik wiederum unterdurchschnittlich.¹ Diese Verteilung spiegelt soziale Erwartungen wider. Stereotype von mangelnder technischer Begabung bei Frauen* werden bestätigt. Hinter der Studienwahl liegen neben (grundsätzlich geschlechtsunabhängigen) persönlichen Interessen und Fähigkeiten

UTOPIE EINER FEMINISTISCHEN HOCHSCHULE

allerdings auch soziale Ungleichheiten. Von Männern* dominierte Räume sind für Frauen* oft mit Erfahrungen von Diskriminierung, Ausschluss und Belästigung aufgrund ihres Geschlechts verbunden. Um beispielsweise technische Studiengänge für alle gleichermaßen attraktiv zu machen, muss demnach nicht allein am Interesse für den Gegenstand, sondern auch an sozialen Rahmenbedingungen gearbeitet werden.

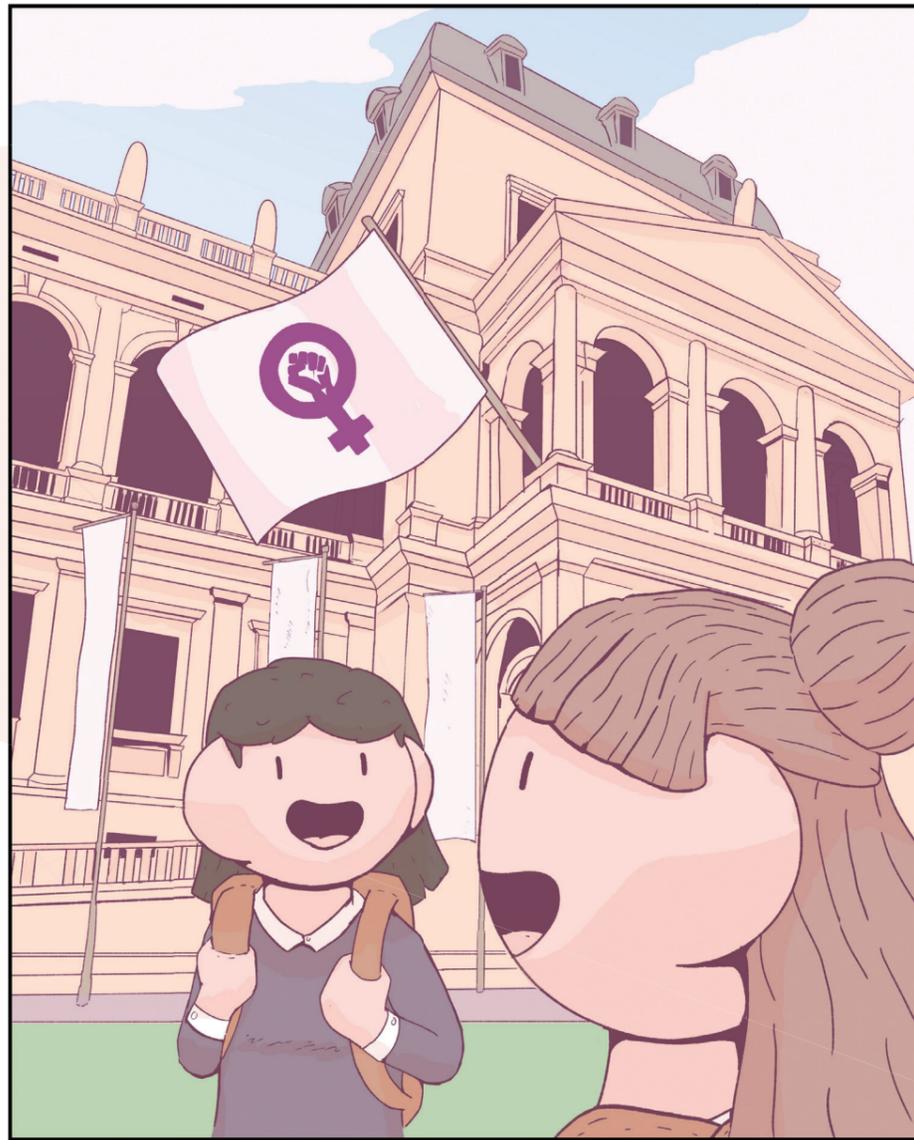
Geschlechterunterschiede durchdringen die Gesamtheit wissenschaftlicher Einrichtungen. Während Frauen* etwa 40 Prozent des universitären Personals ausmachen, nimmt der Anteil weiblicher Mitarbeitender mit zunehmendem Status – und damit verbundene Einkommen – ab. Die höchsten akademischen Positionen sind zu nur knapp einem Viertel weiblich besetzt (Stand 2018). Besonders signifikant erweist sich die Unterrepräsentation von Frauen* in hohen Positionen in den Technik- und Ingenieurwissenschaften mit nur knapp über 10 Prozent. Die männliche Dominanz in diesen Fächern wird mit zunehmendem institutionellem Status weiter verstärkt. Im Gegensatz dazu wird die Vorherrschaft von Frauen* in den Geisteswissenschaften in den höchsten akademischen Positionen umgekehrt. Diese Ämter werden zu rund 60 Prozent von ihren männlichen Kollegen besetzt.²

Entgegen ihrem Ruf als Ort des Fortschritts bleiben Hochschulen Spiegel einer patriarchalen Gesellschaft. Trotz angenommener gleicher Voraussetzungen übernehmen Männer* weiterhin eine Vormachtstellung. Chancengleichheit kann demnach nicht allein durch den Abbau explizit diskriminierender Praktiken erreicht werden. Immer noch übernehmen Frauen* in Österreich den Großteil der Kinderbetreuung sowie Care-Arbeit allgemein und sind damit in ihren Möglichkeiten eingeschränkt. Gesellschaftliche Rollenbilder und Bedürfnisse marginalisierter Gruppen nicht mitzudenken, führt zu einer Benachteiligung beim Zugang zu Bildung und Erwerbstätigkeit. Die Umgestaltung rigider Lehrpläne hin zu einem flexiblen Angebot erlaubt mehr Spielraum für Studierende mit Kindern, Berufstätigkeit oder gesundheitlichen Einschränkungen. Um Geschlechterungleichheiten an Hochschulen entgegenzuwirken, müssen soziale Ungerechtigkeiten in der Gesamtgesellschaft ernst genommen und mitgedacht werden.

¹ Statistik Austria: Hochschulstatistik, bit.ly/3Zl9MJG (letzter Zugriff: 10.03.2023).

² European Commission: She figures 2021. Gender in research and innovation: statistics and indicators, Luxemburg 2021.

³ Haraway, Donna: Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive, in: Hammer, Carmen (Hg.): Die Neuerfindung der Natur, Frankfurt/New York 1995, 73–97.



Thomas Martin Mennert

Perspektivierung von Wissen

Neben der Frage, wer an Hochschulen Zutritt erlangt, stellt sich auch die Frage, wessen Gedanken dort vermittelt werden. Wessen Stimme gehört wird, und wer verstummt? Feministische Lehre steht im Gegensatz zur Reproduktion alter Denkmuster eines eurozentristischen, männlich geprägten Kanons. Mehr feministische Inhalte in den Lehrplänen bieten erste Anhaltspunkte für einen Strukturwechsel. Für eine vollständige Umstrukturierung braucht es jedoch ein Umdenken von Wissensproduktion an sich. Donna Haraway spricht von feministischer Objektivität als Gegenpol zum Ideal allgemeingültiger, von Personen losgelöster Erkenntnis. Feministische Objektivität versteht sich nach der US-Theoretikerin als „situiertes Wissen“³. Während in vorherrschenden wissenschaftlichen Praktiken das Streben nach Objektivität die Verdrängung individueller Perspektiven fordert, bedeutet „situiertes Wissen“, den eigenen Erfahrungshorizont aktiv zu verhandeln. Feministischer Erkenntnisgewinn strebt keine Allgemeinaussagen, sondern eine Zusammenfügung von Teilperspektiven an. Mit dieser Methodik lassen sich wissenschaftliche Institutionen umstrukturieren: weg von einem (männlichen) Genie, dessen Erkenntnis über anderen steht, bis sie machtvoll verdrängt und schlussendlich ersetzt wird. Anstelle einer solchen hierarchisierenden Ordnung von Wissen tritt gemeinschaftlicher Austausch als Basis für Wissensproduktion.

Aktive Partizipation an einem feministischen Miteinander

Die utopische Vorstellung einer feministischen Hochschule ist die Umsetzung radikaler Inklusion. Ziel ist der Ausbruch aus einer Tradition der Unterdrückung und des Ausschlusses. Soziale Ungleichheiten sollen nicht ausgeklammert, sondern offengelegt werden. Hochschulen als feministische Orte müssen Raum für Vielfalt schaffen, indem unterschiedliche Perspektiven und Bedürfnisse darin Platz finden. Das Teilen von Wissen darf nicht einseitig bleiben, insbesondere wenn es nach Haraway als situiert und somit partial verstanden wird. Denn für die Annäherung an eine Vollständigkeit ist die Zusammenfügung einer Vielzahl unterschiedlichster Teilperspektiven notwendig. Eine strikte hierarchische Trennung zwischen Lehrenden und Lernenden erscheint daher kontraproduktiv. Sie gaukelt uns vor, die Arbeit von Studierenden gelte allein ihrem Selbstzweck. Dabei sind gerade sie diejenigen, die neue Blicke auf ‚Altbewährtes‘ werfen. In der Position als Studierende*r fühlt man sich oft übergeordneten Strukturen und Personen ausgeliefert. Ein feministisches Miteinander fordert und fördert allerdings die Partizipation von (vermeintlich) Machtlosen. Das Hineintragen von persönlichen Erfahrungen in die Hörsäle und Hinaustragen neuer Erkenntnisse bildet das Fundament, auf dem feministische Hochschulen gebaut werden müssen.

Elodie Ahn

WARUM ES WICHTIG IST, DAS ALLGEMEINPOLITISCHE MANDAT ZU VERTEIDIGEN

Allgemeinpolitisches Mandat – klingt irgendwie kompliziert und bürokratisch. Wikipedia erklärt den Begriff folgendermaßen: „Als Allgemeinpolitisches Mandat wird die Inanspruchnahme eines Mandats verstanden, sich im Rahmen einer gesellschaftlichen Mitverantwortung im Namen einer Personengruppe zu allgemeinpolitischen Themen zu äußern.“

Die ÖH ist eine Organisation, die je nach politischer Zusammensetzung völlig unterschiedliche Schwerpunkte setzen kann. Die Verfasstheit der angebotenen Beratungen, Workshops und Förderungen hängt stark davon ab, welches Politikverständnis den koalierenden Fraktionen zugrunde liegt. Es gibt unpolitische, rein serviceorientierte, aber auch konservative und progressive Hochschulvertretungen. An der Universität Wien liegt der Fokus aktuell auf der Unterstützung und Durchführung emanzipatorischer, linker Projekte durch die Koalition aus VSSÖ und KSV-LiLi.

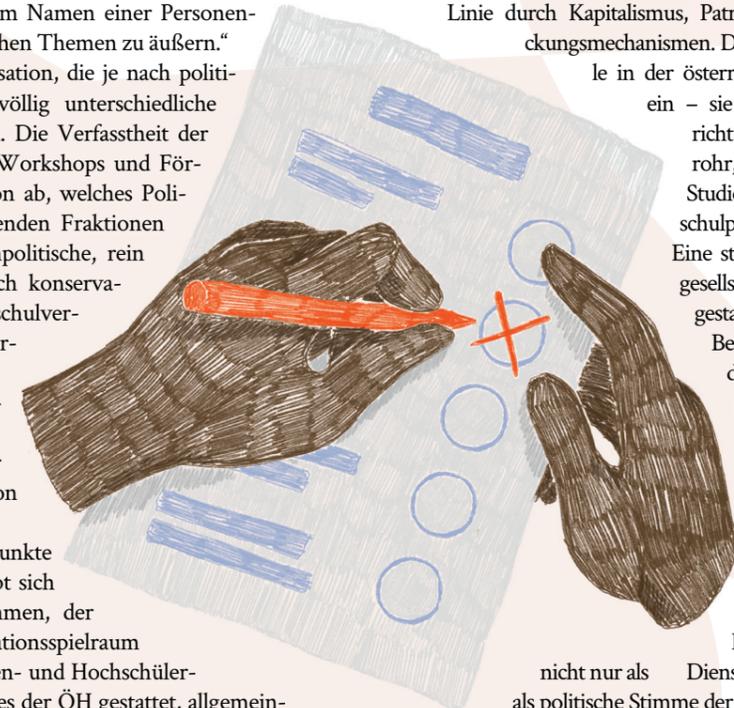
Die Vielfalt der Schwerpunkte in der Arbeit der ÖH ergibt sich aus dem gesetzlichen Rahmen, der einen großen Interpretationsspielraum lässt. Laut Hochschulinnen- und Hochschulergesetz von 1998¹ ist es der ÖH gestattet, allgemeinpolitische Aussagen zu treffen. Die konkreten Positionen werden durch die ÖH-Wahlen und die darauffolgenden Koalitionsverhandlungen festgelegt. Dieser Modus ist ähnlich wie bei anderen Kammern in Österreich, wie etwa der Arbeiter- oder Wirtschaftskammer, die auch zu Gesetzesvorhaben und gesellschaftlichen Problemstellungen Stellung beziehen.

Studium, Arbeit und Aufenthaltsrecht sind untrennbar mit gesellschaftlichen Verhältnissen verbunden. Die Probleme, mit denen Studierende konfrontiert sind, ergeben sich nicht nur aus Universitätsgesetzen oder Studienplanänderungen, sondern entstehen in erster Linie durch Kapitalismus, Patriarchat und weitere Unterdrückungsmechanismen. Die ÖH nimmt eine wichtige Rolle in der österreichischen Hochschullandschaft ein – sie ist nicht nur eine Serviceeinrichtung, sondern auch ein Sprachrohr, das sich für die Interessen der Studierenden einsetzt und an hochschulpolitischen Debatten teilnimmt. Eine starke, politisch aktive ÖH kann gesellschaftliche Veränderungen mitgestalten und dazu beitragen, dass die Bedürfnisse und Anliegen der Studierenden auf politischer Ebene gehört werden.

Lasst uns gemeinsam dafür eintreten, dass die ÖH weiterhin eine klare politische Ausrichtung hat und sich für progressive, dezidiert linke Themen starkmacht. Lasst uns eine ÖH wählen, die nicht nur als Dienstleisterin fungiert, sondern auch als politische Stimme der Studierenden agiert und eine inklusive, gerechte und solidarische Hochschulpolitik gestaltet. Nutze dein Wahlrecht und wähle bei den ÖH-Wahlen eine Fraktion, die deinen politischen Überzeugungen entspricht und deine Interessen auf breiter Ebene vertritt. Deine Stimme zählt!

Lasst uns gemeinsam dafür eintreten, dass die ÖH weiterhin eine klare politische Ausrichtung hat und sich für progressive, dezidiert linke Themen starkmacht. Lasst uns eine ÖH wählen, die nicht nur als Dienstleisterin fungiert, sondern auch als politische Stimme der Studierenden agiert und eine inklusive, gerechte und solidarische Hochschulpolitik gestaltet. Nutze dein Wahlrecht und wähle bei den ÖH-Wahlen eine Fraktion, die deinen politischen Überzeugungen entspricht und deine Interessen auf breiter Ebene vertritt. Deine Stimme zählt!

Leonie Pürmayr



Margaretha Britski

³ Haraway, Donna: Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive, in: Hammer, Carmen (Hg.): Die Neuerfindung der Natur, Frankfurt/New York 1995, 73–97.

¹ In der Fassung von 2005.

DIE PREKÄRE LAGE VON STUDIERENDEN AUS DRITTSTAATEN: EINE STRUKTURELLE UNGLEICHHEIT GEFÖRDERT VOM ÖSTERREICHISCHEN STAAT

In diesem Artikel wird aus der Perspektive migrantischer Studierender aus dem globalen Süden über eine gemeinsame und kämpferische Plattform für eine Hochschule für die Marginalisierten reflektiert.

Wer sind Studierende aus Drittstaaten?

Studierende aus Drittstaaten sind all die Studierenden, die keine EU-Bürger*innen, Bürger*innen der Nationalstaaten des europäischen Wirtschaftsraums oder Schweizer*innen sind.¹ Obwohl es sich um eine diverse und internationale Gruppe handelt (z. B. auch US-Amerikaner*innen), kommen sie hauptsächlich aus dem globalen Süden – im Wintersemester 2021/22 waren etwa 7 Prozent der Studierenden an österreichischen Hochschulen Drittstaatsangehörige.² Die Voraussetzungen für ein Studium in Österreich sind zu restriktiv und führen tendenziell zu einem elitären Wissensaustausch, der im Spannungsfeld zu den von Österreich unterzeichneten *Sustainable Development Goals* steht.³

Strukturelle Ungleichheit: Drei Barrieren, die der österreichische Staat fördert

Innerhalb des Bildungssystems leiden wir unter der vom österreichischen Staat verursachten strukturellen Ungleichheit, denn:

1. Wir dürfen nur bis zu 20 Stunden mit einer kostenpflichtigen und übermäßig bürokratischen Arbeitserlaubnis arbeiten. Die Erteilung dieser Arbeitserlaubnis kann bis zu sechs Wochen dauern, was oft zu undokumentierter Arbeit ermutigt. Darüber hinaus er-



Margaretha Breksi

schwert Teilzeitarbeit beziehungsweise geringfügige Beschäftigung, die täglichen Ausgaben zu decken.⁴

2. Wir zahlen die doppelte Studiengebühr (726,72 Euro pro Semester) nur aufgrund unserer nationalstaatlichen Zugehörigkeit, obwohl der österreichische Staat die Kosten für unsere Studienplätze als Entwicklungshilfeleistung geltend macht.⁵ (Da die Studiengebühren nach den Toleranzsemestern für EU/EWR/CH-Bürger*innen üblicherweise als neoliberale Maßnahme betrachtet werden, die vor allem europäische berufstätige Studierende benachteiligt, würde die doppelte Studiengebühr in dieser Logik eine koloniale Überausbeutung der gleichen sozialen Schichten von Studierenden aus dem globalen Süden bedeuten.)

3. Die finanziellen Anforderungen sind überhöht. Studierende aus Drittstaaten müssen je nach Alter bis zu 12.365,88 Euro auf dem Konto haben, um die Aufenthaltsbewilligung (Kosten: 160 Euro) zu bekommen. Zusätzlich erfahren wir in den zuständigen Behörden eine strukturell willkürliche und rassistische Behandlung.⁶

Auch müssen hohe akademische Leistungen (in einer Fremdsprache) erbracht werden, um die Aufenthaltserlaubnis zu verlängern. Unter anderem machen diese Elemente das Leben und die akademischen Leistungen von Student*innen mit Aufenthaltsbewilligung prekärer.⁷ In diesem Sinne leiden wir unter einer faktischen Ungleichheit innerhalb des vom österreichischen Staat geförderten Bildungssystems.

1 Siehe alle Voraussetzungen für die Aufnahme an österreichischen Universitäten: <http://bitly.ws/BWeb>.
2 Statistik Austria, Hochschulstatistik, Studierende in Österreich, eigene Darstellung, <http://bitly.ws/BWey> (Zugriff: 19.3.2023).

3 Siehe SDG 4 – SDG Watch Austria, <http://bitly.ws/BWgK> (letzter Zugriff: 19.3.2023).

4 Egg, Katharina: Studierende aus Drittstaaten: Arbeit zwischen Bürokratie und Ausbeutung, in: Momentum Institut – Verein für sozialen Fortschritt, <http://bitly.ws/BYE3> (letzter Zugriff: 19.3.2023).

5 Langthaler, Margarita: Studierende aus Entwicklungsländern – ein ungenütztes Potenzial, in: Policy Note 21 ÖFSE (6/2018), S. 1–4.

6 Brickner, Irene: Fremdenpolizist zerkratze Foto auf Visum: „Deal with it“, in: DerStandard, 15.2.2019, <http://bitly.ws/BYF4> (letzter Zugriff: 19.3.2023).

7 Kohlenberger, Judith / Herzog, Theresa / Schnitzler, Tobias: Migrant and Refugee Students from the Global South at Austrian Universities: A Typology for Targeted Support, in: Working Paper 67 ÖFSE (4/2022).

Antirassistische Perspektive

Innerhalb des Bildungssystems sind Studierende mit Aufenthaltsbewilligung *Student* in der Regel von Stipendien (z. B. Studienbeihilfe etc.) ausgeschlossen, da diese sich meist an Menschen mit europäischer Staatsbürger*innenschaft richten.⁸ Studierende aus dem globalen Süden machen zudem ähnliche Erfahrungen wie Studierende mit Migrationshintergrund. Angehörige der beiden, sich überschneidenden Gruppen werden häufig rassifiziert und von den Wissensstrukturen ausgeschlossen. Studierende aus Drittstaaten werden oft von akademischen Positionen ausgeschlossen, weil sie nicht Deutsch als Erstsprache haben. Antikoloniale und antirassistische Kämpfe sind daher auch bedeutsam, wenn sie die diskursive und symbolische Ebene mit der Verteilung von akademischen Positionen und Stipendien verbinden, zum Beispiel durch Quoten für Menschen aus Drittstaaten und/oder mit Migrationshintergrund. Dies würde es ermöglichen, ein konkretes und solidarisches Bündnis innerhalb des Bildungssystems zwischen Subjekten und existierenden Gruppierungen der Hochschulen zu bilden, die rassifiziert und/oder aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden, und zugleich gegen die epistemische Gewalt⁹ weiterzukämpfen.

FLINTA* Perspektiven

Student*innen mit Migrationshintergrund sind häufig in der Pflege tätig. Dabei handelt es sich in der Regel um prekäre, undokumentierte und schlecht bezahlte Jobs. Wenn Student*innen mit Aufenthaltsbewilligung *Student* eigene Kinder haben, ist der Zugang zur Familienbeihilfe fast unmöglich.¹⁰ Diese Situationen führen zu einer Arbeitsüberlastung, die sich stark auf die akademischen Leistungen von migrantischen Student*innen auswirkt. Darüber hinaus ist es wichtig zu erwähnen, dass im Wintersemester 2022 nur 27 Prozent aller Professor*innen an den öffentlichen österreichischen Universitäten Frauen waren, von denen wiederum nur 6 Prozent aus Drittstaaten kamen.¹¹ Das schädigt die berufliche Weiterentwicklung migrantischer Studentinnen. In diesem Sinne könnte die bestehende Gender-Perspektive zur Verteilung von akademischen Positionen um migrant*innen- und klassenbasierte FLINTA* Perspektiven für eine gerechtere Universität ergänzt werden.

Klassenperspektive

Im Kontext der Inflation, die die katastrophalen Auswirkungen der Pandemie auf die berufstätigen Studierenden – insbesondere aus Drittstaaten¹² – noch verstärkt,¹³ ist es dringend notwendig, eine Kampagne zur Abschaffung der Studiengebühren zu starten, die viele betroffene Studierende vereinen und den Kampf für ein größeres Hochschulbudget – insbesondere Stipendien – vorantreiben könnte. Es ist notwendig, dass der Staat die sozialen Kosten übernimmt, die durch die wiederkehrenden kapitalistischen Krisen verursacht werden, anstatt spekulative Aktivitäten zu gewährleisten, die von Finanzkapital und Kapitalist*innen durchgeführt werden.

Es könnte ein konkretes Bündnis zwischen Studierenden der Arbeiter*innenklasse aus Österreich, aus EU-Ländern und aus Drittländern aufgebaut werden, das gegen die Prekarisierung der Bildung und gegen die rassistischen Diskurse der neofaschistischen Rechten auftritt.

8 Hochschul*innenschaft an der Universität Wien: Wer kann Studienbeihilfe beziehen?, <http://bitly.ws/BYXX> (Zugriff: 19.3.2023).

9 Für einen Überblick über die aktuellen Auseinandersetzungen zur epistemischen Gewalt siehe Kluziak, Luca und Schlüter, Johan: Epistemische Gewalt in: Freie Universität Berlin, <http://bitly.ws/CHTW> (letzter Zugriff: 19.3.2023).

10 Bundeskanzleramt: Familienbeihilfe für Drittstaatsangehörige, <http://bitly.ws/BYMM> (letzter Zugriff: 19.3.2023).

11 Unidata – Datawarehouse Hochschulbereich: Altersverteilung von ProfessorInnen nach Universitäten, Wintersemester 2022, eigene Darstellung, <http://bitly.ws/BYNY> (letzter Zugriff: 19.3.2023). – Die offiziellen Daten werden nur nach binärem Geschlecht erhoben.

12 Agentur für Bildung und Internationalisierung (OAI): Bericht der Arbeitsgruppe Situation internationaler Studierender in der COVID-19 Pandemie in Österreich an die Mitglieder des Runden Tisches Hochschulbildung Global, Februar/März 2021, <http://bitly.ws/BYPa> (letzter Zugriff: 19.3.2023).

13 Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (AKWien): Studium – Druck von allen Seiten, in: AK FÜR SIE (03/2023), S. 10–11.

Agenda für eine Universität für die Marginalisierten.

Als wir unsere Organisation über die Gruppen *Universität für Alle*, *Support Equality* und *AK-Non-EU Students in Bildung Brennt* ins Leben riefen,¹⁴ hatte die Bewegung der Studierenden aus Drittstaaten bereits eine Niederlage erlitten, und zwar durch die Erfahrungen mit *Uni Brennt*. Dort wurden sie von den EU-Studierenden verraten und die Studiengebühren für Studierende aus Drittstaaten wurden eingeführt. Nach mehr als fünf Jahren Kampf und Aktivismus haben wir es geschafft, dass unsere Anliegen an den Universitäten, in den Medien^{15,16} und bei den ÖHs, Fakultäts- und Studienvertretungen wieder auf die Tagesordnung kommen und unsere Interessen verteidigt werden. Es war ein langer und harter Weg, auf dem unser Kampf systematisch unsichtbar gemacht wurde. Unsere politische Arbeit ermöglichte die Politisierung einer Kategorie, nämlich der *internationalen Studierenden*, die ursprünglich geschaffen wurde, um die Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und dem Süden zu verbergen. Was uns als Kollektiv einte, war die strukturelle und noch bestehende Ungleichheit als *migrantische Studierende aus dem globalen Süden*, der wir unterworfen sind und die unser Leben prekär macht. Deswegen ist die Änderung des Universitätsgesetzes 2002 §91 hin zu einer Befreiung aller Studierende von den Studienbeiträgen überfällig. Es ist außerdem notwendig, dass Studierende aus Drittstaaten ohne Arbeitserlaubnis beschäftigt werden dürfen. Absolvent*innen sollen ebenso freien und direkten Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt bekommen – ohne Rot-Weiß-Rot-Karte. Eine Lockerung der Anforderungen für die Ausstellung des Aufenthaltstitels für berufstätige Studierende aus Drittstaaten ist unbedingt notwendig und dringend.

Die ÖHs könnten eine zentrale Rolle bei der Koordinierung der verschiedenen Kämpfe spielen, die derzeit auf Universitätsebene gegen die Prekarisierung der Bildung geführt werden. Die Organisierung einer Vollversammlung der bestehenden Initiativen auf der Hochschule scheint notwendig, um eine gemeinsame Plattform zu schaffen. Diese ist nötig, um einen Kampf gegen Studiengebühren zu initiieren, die Vertretung von BBIPoC-FLINTA* und Migrant*innen in der Studierenden- und Hochschulstruktur durch fixierte Quoten zu fördern und einen antikolonialen Nord-Süd-Austausch voranzutreiben. Die Überarbeitung oder ersatzlose Streichung des §109 ist dringend durchzuführen.¹⁷ Wir sollten politisch erkämpfen, dass Bildung kein Privileg, sondern ein Menschenrecht ist. Dazu müssen wir bei der Politisierung, Organisierung und Artikulation der prekären Subjekte, nämlich unter anderem EU-Studierenden der Arbeiter*innenklasse und Mittelschicht, migrantischen, BBIPoC, FLINTA* Studierenden, studierenden Geflüchteten und Asylbewerber*innen, Professor*innen und Uni-Mitarbeiter*innen, ansetzen.

Juan Gerez

14 Siehe Webseiten von Universität für Alle, <https://www.facebook.com/unisfueralle>; und Bildung Brennt URL: <https://bildung-brennt.at/>.

15 Schmidt, Colette M.: Student der Universität für angewandte Kunst in Wien seit neun Tagen im Hungerstreik, in: DerStandard, 23.09.2020, <http://bitly.ws/BYTB> (letzter Zugriff: 19.3.2023).

16 Oysmüller, Thomas: Proteste gegen Skandal-Behörde MA 35 – „Wo ist meine Karte?“, in: ZackZack.at, 13.02.2021, <http://bitly.ws/BYFC> (letzter Zugriff: 19.3.2023).

17 Siehe Unterbau Uni Wien, eine Bottom-up-Initiative prekär beschäftigter Forschender und Lehrender an der Universität Wien, <http://uni-wien-unterbau.at/uber-den-unterbau/>.

Literaturverzeichnis
Kernegger, M. (2019). Internationale Studierende in Österreich: Übergänge und (Über-) Lebenschancen. Eine Betrachtung aus bildungs- und entwicklungspolitischer Perspektive. *Bildung und Erziehung* 72. Jahrgang | Heft 4, S. 343–358.

Dokuzović, Lina (2016): Struggles for Living Learning. Within Emergent Knowledge Economies and the Cognitization of Capital and Movement. Wien: transversal texts. (S. 50–53 / 130–143). <https://transversal.at/media/pdf/livinglearning.pdf>.

BRAUCH & PROTEST

Unter den Augen der Veranstalter_innen, unzähliger Festteilnehmer_innen und deren Smartphonekameras wurde in Vandans (Vorarlberg) „Grutha von Kleber“ – eine Hexenpuppe, die eine Klimaaktivistin der Letzten Generation darstellen sollte – im Zuge eines Feuerbrauchs auf einem Scheiterhaufen verbrannt.

Diesen neuerlichen Gipfel an exzentrischer symbolischer Gewalt gegenüber Klimaaktivist_innen unkommentiert stehen zu lassen, halte ich für einen großen Fehler, zumal solche Entwicklungen mit weiterer Gewalt einhergehen können. Meiner Meinung nach steckt hinter diesem Phänomen und der spezifischen Präsentation dieses Brauchtums mehr als ein harmloser Witz von schlechtem Geschmack. Im Folgenden möchte ich mithilfe einer Einordnung des Brauchtums und meiner eigenen Erfahrungen als Aktivist die Wirkung von symbolischer, verbaler und realisierter Gewalt darstellen und die damit einhergehenden Gefahren beleuchten.

Der Brauch

Das sogenannte ‚Funkenfeuer‘ – oder kurz auch ‚Funke‘ – bezeichnet einen alten Feuerbrauch mit Ursprung im schwäbisch-alemannischen Raum. Üblicherweise findet dieser jährlich am ‚Funkensonntag‘, also dem ersten Sonntag nach Aschermittwoch statt. Traditionsgemäß wird am Samstag zuvor ein großer Strohberg oder ein geschichteter Holzturm aufgebaut und an dessen Spitze eine Hexenpuppe angebracht. Mancherorts, vor allem im Allgäu und in Vorarlberg, wird diese Puppe auch mit Schießpulver befüllt. Mit Einbruch der Dunkelheit wird nach feierlichen Ansprachen

der Veranstalter_innen (‚Funkenzunft‘) der ‚Funke‘ entzündet und unter Beobachtung der Dorfgemeinschaft abgebrannt. Sobald die Flammen die Hexenpuppe erreichen, explodiert diese. Kippt der Holzturm, bevor die Flammen die Puppe erreichen, so gilt dies als schlechtes Omen.

Frühere Geschichtsschreiber ordneten den Feuerbrauch als Überrest heidnischer Traditionen und Naturfeste ein, welcher von den jüngeren Generationen nun als sittliche Tradition zum Lob Gottes übernommen wurde. Im Austrofaschismus versuchte man, den ‚Funken‘ im Rahmen der Kulturpolitik ins Repertoire der austrofaschistischen Traditionen zu übernehmen. Die Idee dahinter war es, eine österreich-orientierte heimatliche Tradition zu schaffen, welche mit der Idee des ‚Ständestaats‘ einherging. Dies fand allerdings wenig bis gar keinen Anklang und der Feuerbrauch wurde nur selten ins Festrepertoire des Austrofaschismus übernommen.

Eine weitere Abgrenzung ist in Bezug auf den Nationalsozialismus zu tätigen: Während im Zuge nationalsozialistischer Bräuche ‚Sonnwendfeuer‘ und ‚Julfeste‘ eine große Bedeutung hatten, spielte der ‚Funkenbrauch‘ im Gegensatz dazu eine geringere Rolle. Da er eher repräsentativ für die Region war, stand er im Gegensatz zu der nationalsozialistischen Idee von Stärke und Einigkeit.

Protest gegen Protest?

Wie lässt sich nun die symbolische Verbrennung von „Grutha von Kleber“ in Vorarlberg einordnen? Haben wir es hier mit einem schlechtem Witz im Zuge eines harmlosen gemeinschaftlichen Brauchtums zu tun oder besitzt dieser Moment eine tiefgreifende Bedeutung? Ersteres zu postulieren und die Augen vor der momentanen gesamtgesellschaftlichen Haltung gegenüber den Klimaprotesten zu verschließen, ist in meinen Augen ein schwerer Fehler.

Die Medienethikerin Claudia Paganini macht dazu treffende Analysen, vor allem in Bezug auf Begrifflichkeiten, Bezeichnungen und die verwendete Sprache gegenüber den Protesten selbst. Während das Phänomen von ‚Hate-Speech‘ früher dem reaktionären rechten Rand zugeschrieben wurde und primär anonymisiert und im Internet stattfand, kann mittlerweile niemand leugnen, dass die Sprache zum Thema immer heftiger und aggressiver wird. Zu-

schreibungen von hochrangigen Politiker_innen und Journalist_innen wie ‚Klima-Chaoten‘ und ‚Klima-Terroristen‘ sind längst gängige Bezeichnungen für die Aktivist_innen. „In dem Moment, wo ich durch Sprache Menschen herabwürdige, ist es nur mehr ein kleiner Schritt zur Gewalt“, so Paganini.¹ Diese diskursive Entmenschlichung und die damit einhergehende Legitimierung von physischer Gewalt pflügen das Feld, auf welchem sie letztlich realisiert wird. Es scheint, als wäre es bereits zu spät, die Saat im Keim zu ersticken; in sozialen Netzwerken häufen sich Videos von Autofahrer_innen, welche vor Selbstjustiz und Gewalt nicht zurückschrecken. Von Schlägen, Tritten, dem Ziehen an Kleidung und Haaren bis zum partiellen Überfahren von Gliedmaßen der Aktivist_innen – die brachiale Willkür scheint als gerechtfertigt wahrgenommen zu werden, der gesellschaftliche Aufschrei bleibt nämlich aus.

Déjà-vu

Vielleicht würde mich die beschriebene Entfaltung von Ereignissen mehr schockieren, hätte ich nicht idente Abläufe bereits vor zwei Jahren im Zuge der Lobau-Besetzung miterlebt. Die Sprüche waren dieselben: „Gehts was hackeln, ihr Trottel“, schallte es von den im Stau stehenden Autos auf der Hirschstettner Straße zu der besetzten Baustelle. Mit manchen gingen im Angesicht des Widerspruchs die Emotionen durch – die Beschimpfungen wurden wüster, die Hupchöre länger, manchmal flog eine Dose über den Bauzaun. Einige Wochen später dann: der erste gezielte Anschlag auf die Besetzung. Um Silvester geht eine von Aktivist_innen errichtete mehrstöckige Wohnstruktur in Flammen auf. Acht Menschen entkommen dem Attentat knapp und können sich in der Nacht ins Freie retten. Die Reaktion des sozialdemokratischen Bürgermeisters Michael Ludwig: „(...) auf jeden Fall ein Zeichen, dass ein rechtsfreier Raum in einer Stadt kein Vorteil ist.“² *Solidarisch*. Drei Monate später geht es weiter: Mit Holzplatten ausgelegte Hakenkreuze, Sachbeschädigungen, rechtsextreme Schmierereien, „Wir kommen wieder“. In den sozialen Medien und in den Kommentarspalten der gängigen Tageszeitungen wird ebenfalls weiter aus allen Rohren gefeuert. Von Rechtfertigungen bis Danksagungen, von Legitimierungen bis Verschwörungstheorien. Es scheint, als wäre keine Theorie zu wild und keine Anfeindung ungerechtfertigt. Wenn es um das Kratzen am heiligen Status quo geht, d. h. dem Autofahren, sind dem Hass anscheinend keine Grenzen gesetzt.



Wohin mit der Kritik?

Welche Schlüsse lassen sich nun aus den beschriebenen Schlagzeilen und Kommentaren ziehen? Unabhängig davon, wie man zu den Protesten der *Letzten Generation* steht – ich bin auch der Ansicht, dass es gute Gründe für berechtigte Kritik an der Organisation sowie der Durchführung und Präsentation dieser Proteste gibt – ist es nicht tragbar, die gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber den Aktivist_innen als legitim hinzunehmen. Auch das Rechtfertigen von Hetze, nur weil sie im Zuge eines Witzes oder Brauchtums passiert, gilt es kritisch zu betrachten. Es geht nicht darum, jegliche Traditionen als schlecht abzutun, aber darum, sich bewusst zu sein, dass die negative Repräsentation reale Folgen mit sich zieht und potenziell den Weg für realisierte Gewalt ebnet. Im Zuge dessen werden Tür und Tor für rechte und konservative Gruppierungen geöffnet – beflügelt von dem gesellschaftlichen Sentiment, weiter konsequent die Wissenschaft zu leugnen und Gewalt gegen den Protest zu legitimieren, während politische Akteur_innen schon dabei sind, ebendiesen zu kriminalisieren.

So bleibt uns, jenen, die vor den desaströsen Folgen des Klimawandels nicht die Augen verschließen, eigentlich nur eines über: Auf der einen Seite müssen wir vehement Kritik an dem System selbst, dem fossilen Kapitalismus üben. Auf der anderen Seite gilt es, die gesamtgesellschaftliche Entwicklung dem Protest gegenüber genau zu beobachten und zu versuchen, zu verstehen, woher berechtigte Kritik kommt und wo sich lediglich reiner Hass manifestiert. Bis dahin gilt es, sich mit allen Klimaaktivist_innen, die von Gewalt betroffen sind, zu solidarisieren. Denn wenn wir letzterer keinen Einhalt gebieten, schaffen wir nur die Grundlage für weitere rechtsradikal geschürte Brände und darauf möchte ich es nicht wieder ankommen lassen. Wehret den Anfängen.

Leon Kruml

¹ Kurier: „Entmenschlichung“ von Klima-Aktivistinnen: Expertin warnt vor Gewalt. bit.ly/3KbKc9l (letzter Zugriff: 1.4.2023).

² Tiroler Tageszeitung: Holzhütte im Lobau-Camp der Klimaaktivisten abgebrannt. bit.ly/3GhLejc (letzter Zugriff: 1.4.2023).



Pedro José Schwärzler de Melo Oliveira



Name

Margaretha Bräski

AUSBLICK

Liebe Leser:innen!

Wir hoffen, diese Ausgabe hat einige offene Fragen beantwortet. Wenn auch du Lust hast, einen Text zu schreiben oder Fotos und Illustrationen beizusteuern, melde dich unter zeitgenossin@oeh.univie.ac.at mit deiner Idee.

Die nächste Ausgabe wird im Juni erscheinen. Das Thema der FLINTA*-only Ausgabe lautet: Technik und Macht. Weitere Informationen zum Schwerpunktthema findest du in Kürze auf unserer Website und auf Social Media.

Solidarische Grüße
zeitgenossin

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN
Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien
Unicampus AAKH, Hof 1, Spitalgasse 2-4, 1090 Wien;
Tel. 0043 (0)1 4277 19501

REDAKTION
Nadja Etinski, Mara Mittermayr, Paulina Neyer, Leonie Pürmayr, Noah Schermann

AUTOR:INNEN DIESER AUSGABE
Elodie Ahn, Nadja Etinski, Lola Fürst, Juan Gerez, Manuel Helmus, Leon Kruml, Leonie Pürmayr, Noah Schermann

SATZ & LAYOUT
Rosa Spitzer

LEKTORAT
Karin Lederer, Birgitt Wagner

Cover
Aliza Moe Karn

ILLUSTRATIONEN
Margaretha Briksi, Thomas Martin

COMIC
Pedro José Schwärzler de Melo Oliveira

FOTOS
Gustav Glück

ANZEIGEN
Wirtschaftsreferat ÖH Uni Wien
inserate@oeh.univie.ac.at

DRUCK
Markus Putz Print Agentur

ERSCHEINUNGSDATUM
April 2023



Gute Seiten

schlechte Zeiten

MAL MOE

Einfach abonnieren unter:
malmoe.org/abo



Melde Rassismus und Hass im Netz an ZARA

Kontaktiere uns, um **kostenlos** und **auf Wunsch anonym** Beraten zu werden

Zur Website

www.zara.or.at

ZARA
ZIVILCOURAGE & ANTI-RASSISMUS-ARBEIT

Dieses Exemplar geht an:



ÖH Wahl 2023

09.-11. Mai